

Haushaltsplan 2022 und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe mehrheitlich beschlossen



Gemeinde Weingarten (Baden)

Weitere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Homepage
www.weingarten-baden.de

Der Gesamthaushalt der Gemeinde Weingarten (Baden) 2022 in Zahlen

Volumen des Gesamthaushaltes: 46,924 Mio. €

Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt 31,049 Mio. €			
Erträge in Mio. €		Aufwendungen in Mio. €	
Grundsteuer	1,608	Personalausgaben	6,834
Hebesatz Grundsteuer A (420 v.H.) und B (420 v.H.)		Verwaltung und Betrieb	0,979
Gewerbesteuer	6,250	Gewerbesteuerumlage	0,643
Hebesatz Gewerbesteuer (340 v.H.)		Finanzausgleichsumlage	3,660
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7,288	Kreisumlage	4,458
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	0,570	Erwerb geringwertiger Wg	0,153
Schlüsselzuweisung Land	5,038	Haltung von Fahrzeugen	0,147
Familienleistungsausgleich	0,591	Unterhaltung	1,717
Gebühren und ähnliche Entgelte	1,306	Bewirtschaftung	1,905
Mieten, Pachten und sonstige Leistungsentgelte	1,480	Mieten und Pachten	0,172
Erstattungen	0,539	Erstattungen	0,218
Zuweisungen, Zuschüsse und allgemeine Umlagen	3,073	Zuweisungen, Zuschüsse und allgemeine Umlagen	6,077
sonstige Einnahmen	0,535	sonstige Ausgaben	1,043
auflösende Investitionszuwendungen	0,526	Kreditzinsen und Kosten Geldverkehr	0,175
aktivierte Eigenleistungen	0,250	Abschreibungen	1,720
Summe ordentliche Erträge	29,054	Summe ordentliche Aufwendungen	29,901
ordentliches Ergebnis (Fehlbetrag)	0,847		
außerordentliche Erträge *	1,995	außerordentliche Aufwendungen **	0,300
		Gesamtergebnis (Überschuss)	0,848
Summe	31,049	Summe	31,049

Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt 46,924 Mio. €			
Einzahlungen in Mio. €		Auszahlungen in Mio. €	
Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	28,378	Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	28,481
Einzahlungen Investiv	9,370	Auszahlungen Investiv	17,863
Kreditaufnahme	7,900	Schuldentilgung	0,580
Abgang der Liquidität	1,276		
Summe	46,924	Summe	46,924

* Corona Erträge	0,100	** Corona Auwendungen	0,250
Sandfeld	1,413	Schadensfälle	0,050
Verkauf Bruchsaler Straße 12	0,100		
Verkauf Erbbaupacht	0,383		



Weingarten (Baden) - Haushaltsrede 2022 von Bürgermeister Eric Bänziger

(es gilt das gesprochene Wort)



**Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger
sowie Vertreter der Presse,**

das Leben, das Leben in unserer Gemeinde, die Aufgaben unseres Gemeinwesens gehen weiter - trotz Corona - und so freut es mich ganz besonders - heute, erstmalig noch im alten Jahr - den Haushalt für 2022 verabschieden zu können.

Dies verdanken wir einerseits unserem Kämmerer Herrn Schneider und seinem Stellvertreter Herrn Klotz mit ihrem Team sowie andererseits den Mitgliedern der Haushaltskommission, welche in mehrstündigen Sitzungen den Haushalt sowie seinen Ausgleich diskutiert und konkret - mit Maßnahmen hinterlegt - vorbereitet haben. Wesentliche Entscheidungen wurden dabei bereits im Vorfeld auf die Tagesordnung des Gemeinderats gesetzt, öffentlich beraten und beschlossen.

Vor Ihnen liegt nun ein **Haushalt der Kontinuität**, was die Investitionen in unsere Infrastruktur angeht, aber auch - mit zahl-

reichen Gebührenerhöhungen und nicht zuletzt deutlichen Grundsteuererhöhungen - **ein Haushalt, der die Realität** kommunaler Finanzen widerspiegelt.

Wir sind froh, dass die Konjunktur sich bereits deutlich erholt hat und die Gewerbesteuererinnahmen voraussichtlich auf über 6 Mio. EUR steigen. Aufgrund der einerseits ständig zunehmenden Aufgaben - quantitativ wie qualitativ - (ich verweise hierbei auf meine mehrmaligen Ausführungen zur Staatsquote) und den negativen Auswirkungen aus der Gewerbesteueronderzahlung 2020 sowie den außerordentlichen Aufwendungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie andererseits, musste nun nach 10 Jahren eine Anpassung der Grundsteuerhebesätze erfolgen.

Nur so war das negative Ergebnis des **ordentlichen Ergebnisses 2022** auf einen **Verlust von 847.600 EUR** zu begrenzen.

Dem gegenüber steht das **Investitionsvolumen**, welches zusammen mit den Eigenbetrieben Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung **bei 27,7 Mio. EUR** liegt und damit auf einem weiterhin sehr hohen Niveau.

Der verantwortungsbewusste Blick auf unsere Infrastruktur, welche im Wesentlichen nach dem Krieg gebaut wurde, hat uns gezeigt, dass deren regelmäßige Erneuerung nun ihren Raum einnimmt. Und das kostet einerseits Geld - mit den heute vorgegebenen Standards - viel mehr Geld als bei der Herstellung und muss andererseits von den (künftigen) Nutzern bezahlt werden.

Durch die Abschreibungen des entstehenden Anlagevermögens werden die hierfür erforderlichen Kredite rätierlich über die Nutzungsdauer von meist 50 Jahren verteilt, so dass alle - eben auch künftige Nutzer - an den Kosten beteiligt werden. Auch das ist Generationengerechtigkeit, welche jedoch nur hergestellt werden kann, wenn wir ausgeglichene Haushalte haben, also die Abschreibungen erwirtschaftet werden. Und auch dafür war die Grundsteuererhöhung erforderlich.

Die Projekte zu strecken und weniger zu tun wurde geprüft, ist jedoch keine Alternative.

Die Projekte sind überwiegend zeitkritisch. Die Kanäle der obersten Schadensklassen sind ohne schuldhaftes Zögern zu ersetzen, die alten Wasserleitungen aus Asbestzement auszutauschen, um noch mehr Wasserrohrbrüche zu vermeiden und dabei werden die Straßen, soweit möglich und wirtschaftlich, mit erneuert und den heutigen Anforderungen angepasst.

Insbesondere die notwendigen Maßnahmen in den Sanierungsgebieten „Ortskern“ und „Jöhlinger Straße“ sind bezüglich dem Ablauf des Förderzeitraums im Blick zu behalten.

Daher sind für Straßenerneuerungsmaßnahmen 2,3 Mio. EUR eingeplant. Hier stehen die Paulusstraße, die Schillerstraße und die Mühlstraße jeweils mit Erneuerung der Kanäle und der Wasserleitungen auf der Agenda. Diese geben den Zeitplan vor und liegen alle in unseren Sanierungsgebieten, wo wir 150 EUR pro m² Straßenfläche als Zuschuss aus der Städtebauförderung erhalten und womit mehr als die Hälfte der Kosten des Straßenbaus finanziert sind.

Darüber hinaus werden wir den oberen Teil der Friedrich-Wilhelm- und der Bahnhofstraße anfassen und versuchen das Problem mit dem aufschwimmenden Pflaster in den Griff zu bekommen. Eine gefundene Lösung soll dann im gesamten Baugebiet „Bruch östlich“ zur Anwendung kommen.

Im Zusammenhang mit der Neubebauung des Ulmenplatzes wird dort der Eichenweg verbreitert, so dass auch hierfür Mittel eingestellt sind.

Für die Sanierung der Radwege sind insgesamt 2,8 Mio. EUR in der Finanzplanung eingestellt; 600 TEUR davon im Jahr 2022. Sie stehen überwiegend unter Finanzierungsvorbehalt, da entsprechende Förderquoten benötigt werden, um sie auch für die Gemeinde finanzierbar darzustellen.

Zurück zur Städtebauförderung:

Sanierungsmittel des Landes werden auch erfolgreich für private Maßnahmen zur Verfügung gestellt. 60 private Projekte mit einem Volumen von 767 TEUR konnten bereits bewilligt werden. Hier stellt im Jahr 2022 die Gemeinde 282 TEUR zur Mitfinanzierung bereit, um die Eigentümer bei der energetischen Sanierung ihrer Altbauten zu unterstützen.

Diese private Förderung und viele unserer Investitionen dienen dazu unser liebenswertes Weindorf Weingarten aktiv weiterzuentwickeln:

Sehr erfreulich ist der große Schritt bei der



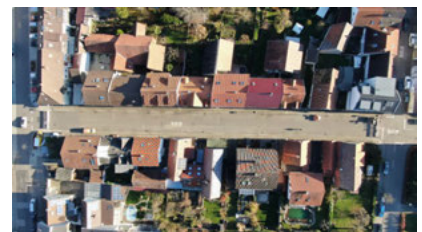
Gemeinde Weingarten (Baden)



Haushalts- und Wirtschaftsplanung 2022



Straßensanierung



Aktive Gemeindeentwicklung



Breitbandversorgung für unser gesamtes Gewerbegebiet westlich der Bahn, welche im kommenden Jahr abgeschlossen werden wird. Mit 1,1 Mio. EUR, wovon 300 TEUR in den innerörtlichen Ausbau fließen, eine wichtige Investition für unsere zukunftsgerichtete Kommunikations-Infrastruktur. Im Vorfeld konnte erreicht werden, dass der Ausbau des Gewerbegebiets mit 90 % gefördert wird, so dass wir bei einem Gesamtvolumen von 1,8 Mio. EUR „nur“ mit 180 TEUR mitfinanzieren, während der innerörtliche Ausbau zunächst von der Gemeinde vorzufinanzieren ist. Ob wir jemals diese Ausgaben wieder zurück bekommen bleibt offen.

Nun endlich kommen auch die Baugebiete „**Gewerbegebiet Sandfeld**“ und „Kirchberg-Mittelweg“ in die Phase der Erschließung. Dafür sind wiederum 6,7 Mio. EUR bzw. 2 Mio. EUR einschließlich der Wasserversorgung und der notwendigen Kanalbauarbeiten anteilig für 2022 eingeplant. Zudem sind Verpflichtungsermächtigungen über 4,2 Mio. EUR für die Folgejahre vorgesehen.

Die **Bebauung der ehemaligen Sportanlagen** beim TSV-Clubhaus in der Waldbrücke ist nun in der Überplanung und wird mittelfristig zur Erschließung anstehen.

Bereits im kommenden Jahr wird ein weiterer **Kindergarten-Neubau** für 2,3 Mio. EUR dort entstehen. Erfreulicherweise können wir mit Fördermitteln von über 1,4 Mio. EUR rechnen, welche sich aus der Fachförderung mit 264 TEUR sowie einem großen Beitrag aus dem Ausgleichstock mit 1,17 Mio. EUR zusammen setzen.

Weitere 1 Mio. EUR Ausgaben sind insbesondere für den Anbau einer Mensa am Kindergarten St. Franziskus in der Kanalstraße vorgesehen, um dort die Nachfrage nach mehr Ganztagesbetreuung abbilden zu können. Viele kleinere Maßnahmen in den übrigen 12 Kinderbetreuungseinrichtungen in unserer Gemeinde werden zudem damit finanziert. Insbesondere der neue Bauwagen für unseren Naturkindergarten, wie er auf der Abbildung zu sehen ist.

Die ordentlichen Aufwendungen der Gemeinde für die Kinderbetreuung - um einmal auf den konsumtiven Teil des Gesamter-

Gewerbegebiet Sandfeld



Baugebiete



Kinderbetreuung



gebnishaushalts zu blicken - liegen 2022 bei 6,25 Mio. EUR und werden bis zum Ende des Finanzplanungszeitraum an der 7 Mio. EUR-Marke ankommen.

Allein der kommunale Zuschussbedarf wird sich dann auf über 4 Mio. EUR jährlich summieren.

Mit der **Machbarkeitsstudie zum Ausbau der Turmbergschule** werden die Weichen auch dort auf Maßnahmenbeginn gestellt. Für die Konzeption, die Erstellung von Ausschreibungs- und Förderunterlagen sind 400 TEUR vorgesehen. Mit dem Anspruch auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule hatten wir bereits gerechnet und entsprechende Flächen in die Anforderungen an die Konzeption mit aufgenommen.

Viele weitere Projekte stehen noch in unserer Liste der Investitionen, welche ich nicht erwähnt habe. Insgesamt lässt sich jedoch feststellen:

Unser Investitionsplan enthält Herausforderungen und vor allem Größenordnungen, welche einer gut aufgestellten Verwaltung bedürfen.

Die Personalaufwendungen steigen folglich weiter an auf 6,8 Mio. EUR. Interessant ist jedoch auch die durch die Kämmerei im Rahmen der Haushaltskonsolidierung errechnete Zahl der indirekten Personalkosten, also, wenn alle Kinderbetreuungskräfte, Reinigungskräfte, Ingenieure usw. bei der Gemeinde angestellt wären. Zusammenge-rechnet wären dies ca. 13,7 Mio. EUR bei Gesamtaufwendungen von 29,9 Mio. EUR also fast 50% unserer regulären Aufwendungen.

Hinzu kommen die großen „weichen“ Themen, welche wir im kommenden Jahr zu beraten haben werden:

- Die abschließende Beschlussfassung zum **Mobilitätskonzept** wird nun Anfang 2022 auf der Tagesordnung stehen.
- „**Windkraft** in Weingarten“ wird 2022 nach Abschluss der Windmessungen konkreter werden
- Die Aufsuchung von **Geothermie** und damit verbunden von Sole und Lithium werden uns beschäftigen
- und auch beim Ausbau des **Schienengü-**

Turmbergschule



Mobilitätskonzept



Aktive Gemeindeentwicklung



terverkehrs, mit zwei zusätzlichen Gleisen durch unsere Raumschaft, hat das konkrete Verfahren begonnen, welches wir zeitintensiv und kritisch begleiten.

Dem Thema **Klimaschutz** werden wir uns 2022 deutlich stärker widmen, nun gestärkt durch unseren Klimaschutzbeauftragten Herrn Schmitt, haben wir auch die personellen Ressourcen, um diese Aufgabe strukturiert und mit der erforderlichen Power angehen zu können.

Bereits gestern hat der Gemeinderat dazu zwei richtungsweisende Beschlüsse gefasst:

Die Teilnahme am European Energy Award sowie die Beauftragung eines spezialisierten Ingenieurbüros zur Erfassung und Darstellung der energetischen Kennzahlen der Gemeinde. Wir werden dadurch in der Zukunft steuerungsrelevante Daten erhalten, um noch besser in Richtung Nachhaltigkeit investieren zu können und dabei vor allem aus wirtschaftlicher Sicht die entsprechenden priorisierenden Entscheidungen treffen zu können.

Mit diesem kurzen und prägnanten Überblick darf ich das Wort an Herrn Schneider weiter geben, der die wesentlichen Eckdaten des Haushalts präsentieren wird.

Die wesentlichen Eckdaten werden nun von der Finanzverwaltung präsentiert:

Haushaltsplanung Kernhaushalt 2022

Der Gesamthaushalt hat ein Volumen von 46,93 Mio. EUR. Davon entfallen auf den Ergebnishaushalt 31,04 Mio. EUR. Darin sind die Abschreibungen mit 1,72 Mio. EUR enthalten.

Die Gewerbesteuereinnahmen steigen voraussichtlich im Vergleich zum Planansatz des Vorjahres um 1,25 Mio. EUR. Mittelfristig rechnen wir mit einer positiven Entwicklung der Gewerbesteuer auf 8,4 Mio. EUR im Jahr 2025.

Die vorgesehenen notwendigen Investitionen stellen wie im Vorjahr eine große Herausforderung dar. Die Gemeinde hat hierfür 17,86 Mio. EUR eingeplant. Diesen Investitionen stehen 9,37 Mio. EUR an Einnahmen durch Veräußerung von Grundstücken und Fördermitteln gegenüber. 7,9 Mio. EUR der Investitionen sollen über Kredite fremdfinanziert werden.

Klimaschutz

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022

S. 27

Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
Ordentliche Erträge (29,05 Mio. €)	Ordentliche Aufwendungen (29,90 Mio. €)	Einzahlungen (28,38 Mio. €)	Auszahlungen (28,48 Mio. €)
Außerordentliche Erträge (1,99 Mio. €)	Außerordentliche Aufwendungen (0,30 Mio. €)	Einzahlungen investiv (9,37 Mio. €)	Investitionen (17,87 Mio. €)
	Überschuss (0,84 Mio. €)	Kredit (7,90 Mio. €)	Tätigung (0,58 Mio. €)
		Vermingerung Liquidität (1,28 Mio. €)	

Gesamtvolumen des Finanzhaushalts 46,93 Mio. €

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022

Zeile ErgHH	Ergebnishaushalt S. 62 ff.	2022	2023	2024	2025
11	ordentliche Erträge	29.053.800 €	31.286.900 €	32.926.000 €	34.229.800 €
19	ordentliche Aufwendungen	- 29.901.400 €	- 31.095.800 €	- 32.140.600 €	- 33.447.700 €
20	ordentliches Ergebnis	- 847.600 €	191.100 €	785.400 €	782.100 €
21	außerordentliche Erträge	1.995.500 €	3.214.500 €	6.318.600 €	4.948.900 €
22	außerordentliche Aufwendungen	- 300.000 €	- 100.000 €	- 50.000 €	- 50.000 €
23	Sonderergebnis	1.695.500 €	3.114.500 €	6.268.600 €	4.898.900 €
24	Gesamtergebnis	847.900 €	3.305.600 €	7.054.000 €	5.681.000 €

Ergebnishaushalt 2022

- Ordentliche Erträge
- Außerordentliche Erträge
- Ordentliche Aufwendungen
- Außerordentliche Aufwendungen
- Gesamtergebnis

Wie jedes Jahr sind alle erforderlichen Investitionsmaßnahmen in den Haushaltsplan eingeflossen, auch wenn wir uns bewusst sind, dass nicht alle Maßnahmen so abgearbeitet werden wie sie geplant sind.

Ergebnishaushalt 2022 – 2025

Der ordentliche Teil des Ergebnishaushalts 2022 schließt bei Abschreibungen von 1,72 Mio. EUR mit einem negativen Saldo von - 848 TEUR ab.

Das bedeutet, dass 50 % der Abschreibungen erwirtschaftet werden.

Der Fehlbetrag im Jahr 2022 ergibt sich größtenteils aus der Systematik des Finanzausgleiches. Im Jahr 2020, welches als Bemessungsgrundlage für das Jahr 2022 dient, wurde eine Gewerbesteueronderzahlung im Rahmen der Corona-Pandemie an die Kommune ausbezahlt. Diese betrug in Weingarten 1,03 Mio. EUR.

Diese Sonderzahlung fließt nun voll in die Berechnung der Umlagen und Zuweisungen im Jahr 2022 ein. Hieraus ergeben sich geringere Zuweisungen und höhere Umlagen. Dies beeinflusst das Ergebnis merklich.

Der operative Verlust kann durch den Verkauf von Grundstücken im Sonderergebnis ausgeglichen werden.

Die Erlöse aus Grundstücksverkäufen schlagen sich insgesamt mit voraussichtlich 1,89 Mio. EUR als außerordentliche Erträge im Haushalt nieder, so dass das **Gesamtergebnis 2022 mit einem Überschuss von 0,85 Mio. EUR** abschließt.

Auch in der mittelfristigen Finanzplanung sind weitere außerordentliche Erträge durch Grundstücksverkäufe veranschlagt. Im mittelfristigen Planungszeitraum sind aber erfreulicherweise sämtliche ordentlichen Ergebnisse positiv.

Die Gemeinde ist demnach zum heutigen Stand zukünftig nicht mehr auf den Ausgleich durch Sonderergebnisse angewiesen.

Durch die Investitionen in die kommunale Infrastruktur wird die Gemeinde trotzdem mittelfristig ein strukturelles Defizit haben.

Die im Sommer 2021 erstmalig gebildete Haushaltskommission, unter Führung der Finanzverwaltung, hatte das Ziel die Haushaltskonsolidierung aktiv voran zu bringen. Hier wurden richtungswesende Entscheidungen getroffen,

welche den mittelfristigen Haushalt der Gemeinde stark verbessern.

Hierunter fällt die Einführung der Zweitwohnungssteuer ab dem Jahr 2022, welche vor allem durch indirekte Auswirkungen auf den Finanzausgleich den Ergebnishaushalt verbessert. Denselben Effekt bewirkt die Erhöhung der Grundsteuer ab dem Jahr 2022.

Diese und andere Maßnahmen wirken sich somit positiv auf das strukturelle Defizit und den hohen Investitionsbedarf in die kommunale Infrastruktur aus.

Die Haushaltskommission wird sich im kommenden Haushaltsjahr vierteljährlich treffen um Themen wie

- Controlling der internen und externen Personalkosten
- Controlling von KIGA/KITA-Beiträgen
- Freiwilligkeitsleistungen der Kommune
- Verwaltungsgebühren

zu beraten. Ein großes Ziel ist die Analyse der Kostenstrukturen in der Verwaltung.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022

Übersicht der Leistungsfähigkeit der Gemeinde S. 28							
Haushalt	Zelle	Jahr	2022	2023	2024	2025	
ErgHH	20	ordentliches Ergebnis	- 847.600 €	191.100 €	785.400 €	782.100 €	
ErgHH	15 +	Abschreibung	1.720.500 €	2.070.600 €	2.358.800 €	2.459.700 €	
ErgHH	3	./.	Auflösung	526.100 €	623.400 €	740.400 €	775.500 €
ErgHH	9	./.	aktivierte Eigenleistungen	250.000 €	250.000 €	250.000 €	300.000 €
ErgHH	23	./.	außerordentliches Ergebnis (ohne Grundstücksverkäufe)	200.000 €	90.000 €	50.000 €	50.000 €
FinHH	17	./.	Liquidität aus dem Ergebnishaushalt	- 103.200 €	1.298.300 €	2.103.800 €	2.116.300 €
FinHH	34	./.	Tilgung	580.300 €	744.800 €	645.600 €	651.000 €
	=		Leistungsfähigkeit (bei positivem Ergebnis)	- 683.500 €	553.500 €	1.458.200 €	1.465.300 €
			2022	2023	2024	2025	
Kredite			7.900.000 €	- €	- €	- €	
Verschuldung Jahresende			25.123.000 €	24.378.000 €	23.732.000 €	19.130.000 €	
Investitionen			17.862.700 €	18.507.400 €	18.407.900 €	12.930.800 €	
Fremdfinanzierungsquote			44%	0%	0%	0%	

Leistungsfähigkeit

Die zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit heranzuziehenden Zahlungsströme der Gemeinde entwickeln sich mittelfristig zunehmend positiv.

Im Jahr 2022 ist zwar die Leistungsfähigkeit nicht gegeben, was aber aus der Systematik der Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs resultiert.

Nach aktuellem Planungsstand kann im Jahr 2025 immer noch über das Doppelte der Tilgung (als „Mindest-Leistungsfähigkeit“) zahlungswirksam erwirtschaftet werden.

Finanzhaushalt 2022-2025

Der mittelfristige Finanzhaushalt stellt sich wie folgt dar.

Der negative Zahlungsmittelüberschuss von -103 T EUR in 2022 verändert sich stetig in einen positiven Überschuss von 2,16 Mio. EUR in 2025.

Der Investitionsprogramm 2022 weist 23 Maßnahmegebiete aus, bei welchen Investitionen von insgesamt 17,86 Mio. EUR geplant sind.

Bei den Gesamtinvestitionen stehen 9,37 Mio.EUR an Einnahmen den Ausgaben von 17,862 Mio. EUR gegenüber.

Hier sehen sie eine Gesamtübersicht der zehn größten Investitionsmaßnahmen:

- Kindergarten: Buchenweg, Naturkindergarten
- Gebäude und Grundstücke: Kauf Lambeck, Umbau Jöhlinger Straße, Außensportanlage
- Gewerbegebiet: innere und äußere Erschließung
- Straßen: Paulus-, Friedrich-Wilhelm-Straße und Radwege
- Breitband: Gewerbegebiet westlich der Bahn und Anbindung Jöhlinger Straße
- Kirchberg-Mittelweg: Teil 1 Durlacher Straße
- Schule: Machbarkeitsstudie und Planung, Fluchttreppe
- Sanierungsgebiete: Ortskern und Jöhlinger Straße
- Rathaus: Umbauten, Schließanlage, Klima und Belüftung
- Walzbachhalle und Bad: Archiv, Entwässerung

Im mittelfristigen Zeitraum sollen weitere 49,846 Mio. EUR investiert werden. Der Großteil der Investitionen fließt in die Kindergärten, den Kauf von Grundstücken, die Erstellung des Außensportgeländes für die Schule, die Erschließung von Baugebieten und der Sanierung der Straßen.

Investitionen nach Ausgaben: Projekte S. 41

Kindergarten
3.353.600 €

Grundstücke und Gebäude
3.022.000 €

Gewerbegebiet Sandfeld
2.972.100 €

Straßen
2.305.000 €

Breitband
1.100.000 €

Kirchberg-Mittelweg
945.000 €

Schule
757.000 €

Sanierung priv. Maßnahmen
662.000 €

Rathaus und Verwaltung
617.500 €

Walzbachbad/Walzbachhalle
330.000 €

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022

Zeile FinHH	Finanzhaushalt S. 72 ff.	2022	2023	2024	2025
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	28.377.700 €	30.423.500 €	31.935.600 €	33.154.300 €
16	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 28.480.900 €	- 29.125.200 €	- 29.831.800 €	- 31.038.000 €
17	Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	- 103.200 €	1.298.300 €	2.103.800 €	2.116.300 €
23	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.370.500 €	20.143.500 €	22.563.200 €	16.489.200 €
30	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 17.862.700 €	- 18.507.400 €	- 18.407.900 €	- 12.930.800 €
31	Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	- 8.492.200 €	1.636.100 €	4.155.300 €	3.558.400 €
32	Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	- 8.595.400 €	2.934.400 €	6.259.100 €	5.674.700 €
33	Einzahlung durch Kredite	7.900.000 €	- €	- €	- €
34	Auszahlung für Tilgung	- 580.300 €	- 744.800 €	- 645.600 €	- 4.601.700 €
35	Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit	7.319.700 €	- 744.800 €	- 645.600 €	- 4.601.700 €
36	Änderung des Finanzierungsmittelbestands	- 1.275.700 €	2.189.600 €	5.613.500 €	1.073.000 €

Investitionsübersicht Einnahmen S. 41

Nr.	Maßnahme	2022	VE	2023	2024	2025
1	Grundstücke und Gebäude	- 1.554.800 €	- €	- 400.500 €	- 300.500 €	- 5.800.500 €
2	Kindergärten	- 1.315.800 €	- €	- 170.000 €	- 37.500 €	- €
3	Straßen	- 200.000 €	- €	- 1.427.400 €	- 1.087.800 €	- 787.200 €
4	Gewerbegebiet Sandfeld	- 4.370.400 €	- €	- 5.120.400 €	- 4.496.000 €	- 75.000 €
5	Breitband	- 1.440.000 €	- €	- €	- €	- €
6	Kirchberg-Mittelweg	- €	- €	- 8.427.400 €	- 8.427.400 €	- €
7	Schule	- 115.000 €	- €	- 1.725.000 €	- 1.725.000 €	- 1.725.000 €
8	Sanierungsgebiete private Maßnahmen	- €	- €	- 253.800 €	- 132.000 €	- 42.000 €
9	Rathaus und Verwaltung	- 37.500 €	- €	- €	- 30.000 €	- €
10	Walzbachbad/Walzbachhalle	- €	- €	- 1.600.000 €	- €	- €
11	Spielplätze, Park und Gartenanlagen	- €	- €	- €	- €	- €
12	Umweltschutz und Nachhaltigkeit	- 120.000 €	- €	- 120.000 €	- 120.000 €	- 120.000 €
13	Hochwasserschutz, Wasserbau	- 210.000 €	- €	- 770.000 €	- 700.000 €	- 420.000 €
14	Fernwärmeversorgung	- €	- €	- €	- €	- €
15	EDV	- €	- €	- €	- €	- €
16	Feuerwehr	- €	- €	- 92.000 €	- €	- €
17	Altes TSV Gelände Waldbrücke	- €	- €	- €	- 5.512.500 €	- 5.512.500 €
18	Friedhof	- €	- €	- €	- €	- €
19	Forstwirtschaft, Natur- und Umweltschutz	- €	- €	- €	- €	- €
20	Verkehrswesen, ÖPNV	- €	- €	- €	- €	- €
21	Bauhof	- €	- €	- €	- €	- €
22	Vereine, Sport, Soziales, Bücherei u. Tourismus	- 7.000 €	- €	- 7.000 €	- 7.000 €	- 7.000 €
23	Beteiligungen	- €	- €	- €	- €	- 2.000.000 €
	SUMME Einnahmen	- 9.370.500 €	- €	20.143.500 €	22.563.200 €	16.489.200 €

Investitionsübersicht Ausgaben S. 41

Nr.	Maßnahme	2022	VE	2023	2024	2025
1	Grundstücke und Gebäude	3.022.000 €	400.000 €	1.440.000 €	200.000 €	200.000 €
2	Kindergärten	3.353.600 €	- €	33.000 €	207.000 €	32.000 €
3	Straßen	2.305.000 €	1.885.000 €	2.345.000 €	2.880.000 €	1.060.000 €
4	Gewerbegebiet Sandfeld	2.972.100 €	2.582.100 €	2.682.100 €	2.413.300 €	400.000 €
5	Breitband	1.100.000 €	350.000 €	350.000 €	350.000 €	350.000 €
6	Kirchberg-Mittelweg	945.000 €	3.000.000 €	3.029.800 €	6.049.800 €	4.230.000 €
7	Schule	757.000 €	2.250.000 €	2.324.000 €	2.074.000 €	2.575.000 €
8	Sanierungsgebiete private Maßnahmen	662.000 €	- €	95.000 €	55.000 €	50.000 €
9	Rathaus und Verwaltung	617.500 €	100.000 €	242.500 €	177.500 €	132.500 €
10	Walzbachbad/Walzbachhalle	330.000 €	2.065.000 €	2.105.000 €	40.000 €	40.000 €
11	Spielplätze, Park und Gartenanlagen	217.000 €	- €	37.000 €	37.000 €	37.000 €
12	Umweltschutz und Nachhaltigkeit	270.000 €	- €	500.000 €	600.000 €	600.000 €
13	Hochwasserschutz, Wasserbau	300.000 €	950.000 €	1.050.000 €	1.000.000 €	600.000 €
14	Fernwärmeversorgung	250.000 €	- €	- €	- €	- €
15	EDV	169.000 €	- €	106.000 €	91.000 €	91.000 €
16	Feuerwehr	168.500 €	- €	435.000 €	35.000 €	35.000 €
17	Altes TSV Gelände Waldbrücke	115.000 €	1.030.000 €	1.030.000 €	1.590.300 €	470.300 €
18	Friedhof	92.000 €	200.000 €	222.000 €	32.000 €	32.000 €
19	Forstwirtschaft, Natur- und Umweltschutz	81.000 €	- €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
20	Verkehrswesen, ÖPNV	70.000 €	- €	20.000 €	120.000 €	70.000 €
21	Bauhof	57.000 €	- €	42.000 €	37.000 €	7.000 €
22	Vereine, Sport, Soziales, Bücherei u. Tourismus	9.000 €	- €	9.000 €	9.000 €	9.000 €
23	Beteiligungen	- €	- €	500.000 €	500.000 €	2.000.000 €
	SUMME Ausgaben	17.862.700 €	14.462.100 €	18.507.400 €	18.407.900 €	12.930.800 €

Finanzierung

Zur Finanzierung ist im Jahr 2022 eine Kreditaufnahme von 7,9 Mio. EUR geplant, um den Finanzhaushalt zunächst auszugleichen. Dies entspricht einer Finanzierungsquote von 44 %.

Im Mittelfristigen Planungszeitraum werden keine weiteren Kredite geplant.

Zudem wird die Aufnahme des Kredites im Jahr 2022 zweiteilig eingeplant.

Der erste Kredit soll mittelfristig im Jahr 2025 voll getilgt werden.

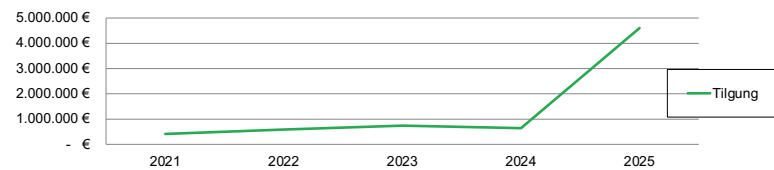
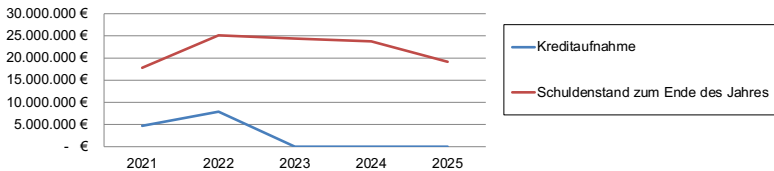
Der zweite Kredit würde langfristig getilgt werden.

Die mittelfristige durchschnittliche Finanzierungsquote liegt bei 11,66 %.

Wobei zu berücksichtigen ist, dass die Planungen über 2022 hinaus nur rudimentär sind und die Darlehensaufnahme immer die letzte Stellschraube zum Haushaltsausgleich darstellt.

Entwicklung der Schulden s. 482

	2021	2022	2023	2024	2025
Kreditaufnahme	4.689.000 €	7.900.000 €	- €	- €	- €
Tilgung	412.000 €	581.000 €	745.000 €	646.000 €	4.602.000 €
Schuldenstand zum Ende des Jahres	17.804.000 €	25.123.000 €	24.378.000 €	23.732.000 €	19.130.000 €



Haushaltssatzung

Die Haushaltssatzung enthält folgende Festsetzungen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit folgenden Beträgen im:

1. Ergebnishaushalt	EUR
1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	29.053.800
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-29.901.400
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-847.600
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	1.995.500
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	-300.000
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	1.695.500
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	847.900

2. Finanzhaushalt	EUR
2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	28.377.700
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-28.480.900
2.3 Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	-103.200
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	9.370.500
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-17.862.700
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-8.492.200
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-8.595.400
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	7.900.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-580.300
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	7.319.700
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-1.275.700

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf **EUR 7.900.000**

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf **14.462.100**

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf **5.000.000**

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt für die Grundsteuer A (420 v. H.) und Grundsteuer B (420 v. H.) sowie die Gewerbesteuer (340 v. H.) .

Von einem **Haushaltsvorbehalt** wird gesprochen, wenn eine bestimmte Maßnahme unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von entsprechenden, im Haushaltsplan veranschlagten Haushaltsmitteln steht. Die betreffende Maßnahme wird folglich **nur umgesetzt**, wenn im Haushaltsplan für diesen Zweck auch **Fördermittel in der budgetierten Höhe bereitgestellt werden**. Dies betrifft die nachfolgenden Investitionsmaßnahmen und die im Haushalt veranschlagte Förderquote.

- Fahrradwege 90% Förderquote
- Walzbachbad 80% Förderquote für das 25m Außenbecken
- Schule 75% Förderquote für den Um- bzw. Neubau der Schule

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserversorgung

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung der Gemeinde Weingarten hat ein Volumen von 4,597 Mio. EUR. Davon 1,7 Mio. EUR im Erfolgsplan und 2,9 Mio. EUR im Vermögensplan.

Im Ergebnishaushalt sind die laufenden Ausgaben für den Betrieb der Wassergewinnung über die Aufbereitung durch die Carix-Anlage, die Speicherung in den Hochbehältern sowie das Verteilnetz enthalten.

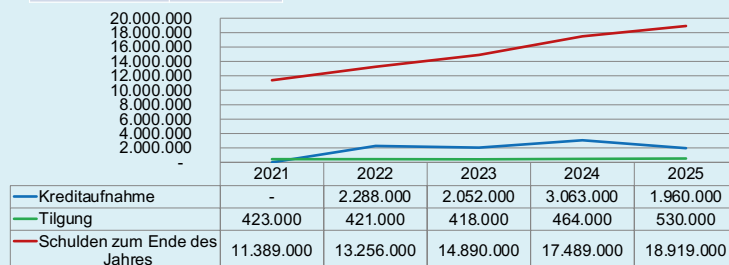
Die größten Herausforderungen liegen in der Begleitung der Sanierungsarbeiten im Rahmen des Straßenbaus, im maroden Leitungsnetz und vielen teils stark oxidierten

Wirtschaftsplan der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2022

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserversorgung

Erfolgsplan S. 500	2022
Betriebliche Erträge	1.702.100 €
Betriebliche Aufwendungen	-1.557.600 €
Finanzaufwendungen (Zinsen)	-110.700 €
Steuern	-2.100 €
Jahresgewinn	31.700 €

Vermögensplan S. 504	2022
Summe Finanzierungsmittel (Einnahmen)	2.894.900 €
Davon Kredite	2.288.100 €
Summe Finanzierungsbedarf (Ausgaben)	-2.894.900 €
Davon Tilgung	-421.400 €



Schiebern zum Abstellen von Hausanschlüssen. Daneben ist die Carix-Anlage an ihrer Kapazitätsgrenze und zudem teilweise veraltet, so dass wir über mögliche neue Lösungen nachdenken müssen.

Veränderung der Gebühren

2022 war eine neue Gebührenkalkulation erforderlich. Die Gebührenkalkulation umfasst die Jahre 2022- 2024. Die Gebühren bleiben auf dem Niveau der Vorjahre. Der Erfolgsplan schließt in 2022 mit einem Überschuss von 31.700 EUR ab.

Satzung Wasserversorgung

Die im Vermögensplan veranschlagten Erneuerungsmaßnahmen folgen grundsätzlich dem Straßenbau, da zeitgleich mit der Straßensanierung auch Wasser- und Abwasserleitungen ausgetauscht werden.

Darüber hinaus läuft derzeit die Sanierung der Brunnenschächte, welche als Erneuerungs-Investitionen veranschlagt sind.

Zur Finanzierung der Investitionen ist eine Kreditermächtigung von 2,288 Mio. EUR veranschlagt sowie für die Folgeinvestitionen Verpflichtungsermächtigungen von 2,250 Mio. EUR.

Die Kassenkredite sind auf 0,4 Mio. EUR begrenzt.

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung der Gemeinde Weingarten hat ein Volumen von 9,88 Mio. EUR. Davon 1,96 Mio. EUR im Erfolgsplan und 7,9 Mio. EUR im Vermögensplan.

Durch den gemeinsamen Abwasser-Zweckverband „Am Walzbach“ wird der kostenträchtigste Teil mit Kläranlage, Verbandssammler, Regenrückhaltungen und Hebewerk dort abgebildet und als Umlage verrechnet. Im kommunalen Eigenbetrieb verbleiben daher nur das Kanalnetz sowie die kommunalen Regenrückhaltungen.

Wirtschaftsplan der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2022

Wirtschaftsplan Wasserversorgung s. 497

Wirtschaftsjahr	2022:
• Wassergebühr	2,90 €/m³
• Grundgebühr QN 2,5	6,00 €/Monat
• Grundgebühr QN 6	15,00 €/Monat
• Grundgebühr QN 40	94,50 €/Monat
• Grundgebühr QN 60	150,00 €/Monat

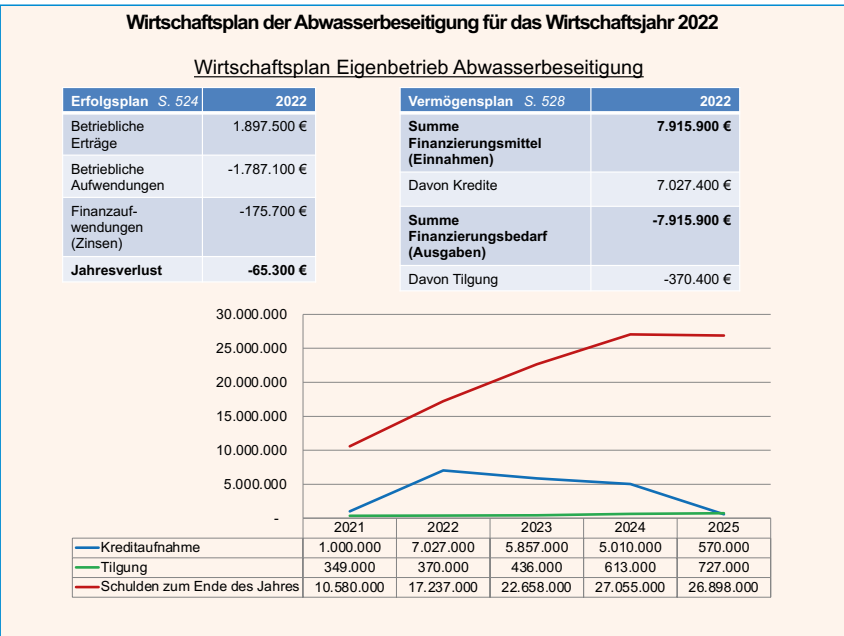
Wirtschaftsplan der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2022

Wirtschaftsplan Wasserversorgung s. 495

1. Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt mit

a) den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	4.597.000 €
davon im Erfolgsplan	1.702.100 €
im Vermögensplan	2.894.900 €
und einem Jahresgewinn von	31.700 €
b) dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	2.288.100 €
c) dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von	2.250.000 €

2. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 400.000 €



Veränderung der Gebühren

Für 2022 war eine neue Gebührenkalkulation fällig. Die Gebührenkalkulation umfasst die Jahre 2022- 2024. Durch die Verrechnung der Vorjahre konnte die bisherige Gebühr ermäßigt werden. Die neuen Gebührensätze erhöhen sich deutlich.

Satzung Abwasserbeseitigung

Der Vermögensplan folgt auch hier den Straßensanierungsmaßnahmen, so dass die Erneuerung der Kanalisation in der Paulusstraße 2022 zu finanzieren sind. Die größte Position sind die Ausgaben für die Entwässerungs-Infrastruktur des Gewerbegebiets Sandfeld.

Hierfür ist eine Darlehensaufnahme von 7,027 Mio. EUR vorgesehen. Verpflichtungsermächtigungen sind mit 6,880 Mio. EUR für die weiteren Neubau- und Erneuerungsmaßnahmen der Leitungsinfrastruktur vorgesehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde mit 600 TEUR veranschlagt.

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2022

Wirtschaftsplan Abwasserbeseitigung s. 521

Veränderungen der Gebühren

Wirtschaftsjahr	2021:	2022:
• Schmutzwasser / bezogenes Frischwasser	1,40 /m ³	2,06 €/m ³
• Niederschlagswasser / versiegelte Fläche	0,52 €/m ²	0,59 €/m ²

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2022

Wirtschaftsplan Abwasserbeseitigung s. 519

1. Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt mit

a) den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	9.878.700 €
davon im Erfolgsplan	1.962.800 €
im Vermögensplan	7.915.900 €
und einem Jahresverlust von	65.300 €
b) dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	7.027.400 €
c) dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von	6.880.000 €
2. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	600.000 €



Schlusswort des Bürgermeisters

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

Ich danke Ihnen für die erneut sehr zeitintensive Gremiumsarbeit im Namen aller Bürgerinnen und Bürger von Weingarten. Es ist für uns alle eine herausfordernde Zeit, insbesondere bei den hygienischen Anforderungen allen gerecht zu werden und dennoch gute Entscheidungen zu treffen. So weichen wir nur in die Walzbachhalle aus, wenn es unbedingt erforderlich ist, um unseren Vereinen die maximal mögliche Zeit für den wieder auflebenden Vereinssport zu geben.

Den ehrenamtlich engagierten Menschen in unseren Vereinen gilt unser besonderer Dank. Allen voran den Mitgliedern unserer Rettungsorganisationen Feuerwehr, DRK und DLRG, welche sich zwischenzeitlich ebenfalls bestens auf die hygienischen Anforderungen zum Schutz der Mitglieder eingestellt haben.

Besonderen Dank gilt zudem unseren Erziehenden der Kindergärten und des Hortes an der Schule sowie der Schulleitung und der Lehrenden, welche sich regelmäßig auf neue Gegebenheiten durch die Änderungen der Corona-Verordnung einstellen müssen. Jede und jeder gibt alles, um für die jeweils anvertrauten Kinder gute Lösungen zu finden. Danke.

Und ich darf mich bei allen Mitarbeitenden meiner Verwaltung für ihre Kontinuität und ihr vorbildliches Verhalten in dieser schwierigen Zeit bedanken. Es freut mich besonders, dass dadurch unser Rathaus das gesamte Jahr über geöffnet war und wir stets für unsere Bürgerinnen und Bürger ansprechbar waren.

Ich danke unserem Kämmerer Herrn Schneider sowie Herrn Klotz mit ihrem Team in der Finanzverwaltung. Das im April bei der Haushaltsverabschiedung genannte Ziel - den Haushaltsplan für 2022 rechtzeitig im Dezember zu beraten und zu beschließen - haben sie eingehalten. Damit ist ein großer Schritt getan, um in den grundlegenden Jahresrhythmus bei der Planung, dem Vollzug sowie der Rechnungslegung zu kommen.

Zum Schluss erneut mein Appell an unsere Bürgerinnen und Bürger:

Wir haben vor der Krise über eine einmalige Gastronomie und über relativ viele Einzelhandelsgeschäfte verfügt. Bitte nutzen Sie den Liefer- oder Abholservice und unterstützen Sie unsere Geschäftsleute in dieser schwierigen Zeit. Danke.

Ich bitte nun die Fraktionen um Ihre jeweiligen kurzen Stellungnahmen bevor ich den Ihnen vorliegenden genehmigungsfähigen Haushalt zur Abstimmung stelle.

Danke.



Haushaltsrede 2022 der WBB-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Timo Martin



**Sehr geehrter Herr
Bürgermeister Bänziger,
Damen und Herren der Verwaltung,
Kolleginnen und Kollegen
des Gemeinderats,
sehr geehrte Mitbürgerinnen
und Mitbürger,**

In Weingarten gibt es nach Jahrzehnten plötzlich ein Novum:

Die rechtmäßige Verabschiedung der kommunalen Haushaltspläne noch vor Beginn des neuen Haushaltsjahres, wie es der Paragraph 81 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg grundsätzlich vorsieht.

Wir staunen alle, denn vor nicht langer Zeit stand die Gemeindeverwaltung auch medial am Pranger, nachdem im Jahr 2020 erst Ende April der Haushalt für das selbige Jahr verabschiedet wurde, und dieser dann in Teilen von der Rechtsaufsicht kassiert, bzw. als nicht genehmigungsfähig eingestuft wurde. Wir mussten höchst ineffizient alle nachsitzen, um dann im August mit einem Nachtragshaushalt die Genehmigungsfähigkeit für die restlichen 4 Monate zu erlangen.

Heute zollen wir umso mehr unserer gesamten Finanzabteilung, mit Herrn Schnei-

der und Herrn Klotz an der Spitze, Respekt und Anerkennung, und freuen uns, dass nach Jahren der Schwierigkeiten und vieler Rückstände unsere Finanzverwaltung in ruhigeres Fahrwasser gekommen ist.

Denn trotz massiver Herausforderungen in jeglicher Hinsicht ist es unseren Kämmerern dieses Jahr gelungen, klar und strukturiert binnen weniger Wochen alle Beratungen, Diskussionen und Entscheidungen vorzubereiten, so dass wir nun erstmals vor Weihnachten gesetzeskonform einen neuen Haushalt verabschieden können.

Unsere Bewertung gilt nicht nur für den aktuellen Haushalt, sondern auch für die Idee, die Vorbereitung und Sitzungsleitung der im August 2021 erstmals parallel zum Verwaltungs-Ausschuss tagenden **Haushaltskommission**. Aus Kämmerern und Fraktionsvorsitzenden bestehend, setze diese sich zum Ziel, die auch von der WBB lange Jahre geforderte **Haushaltskonsolidierung** ernsthaft anzugehen und vielmehr auch umzusetzen. Nicht zuletzt wurde die Konsolidierung auch in Berichten der Gemeindeprüfungsanstalt moniert, bzw. in der Haushaltsverfügung vom Mai 2020 durch das Kommunal- und Prüfungsamt gar auferlegt.

Das Ergebnis der mehrere Halbtagesklausuren umfassenden Arbeit kann sich aus Sicht der WBB sehen lassen: Ziel war und ist eine deutliche, mittelfristige **Ergebnisverbesserung um 4 Mio. €** innerhalb der nächsten drei Jahre. Das Ergebnis wurde mit errechneten 4,58 Mio. € übertroffen. Zumindest in der Theorie!

Wir hoffen, dass alle errechneten Prognosen auch in der Größenordnung so eintreffen. Politische Beschlüsse stehen nämlich noch aus, beispielsweise wenn es zum Schwur kommt, tatsächlich eine **flächendeckende Parkraumbewirtschaftung von 15 € pro Monat/Fahrzeug** im gesamten Gemarkungsgebiet einzuführen. Das Thema ist seit 2016 von der WBB beantragt, mittlerweile Thema in vielen Kommunen, und bereits auf der Einnahmenseite in der mittelfristigen Finanzplanung verankert.

Mit der nachhaltigen Ergebnisverbesserung von jährlich 1,52 Mio. € hängt die Messlatte für unsere eben hochgelobte

Finanzabteilung nun künftig entsprechend hoch! Deutlich wurde in den vertiefenden Sitzungen nochmals der ohnehin äußerst geringe Spielraum, den die Gemeinde aufgrund Ihrer Pflichtaufgaben sowohl auf der Einnahmenseite (**ca. 10%**), als auch bei den Ausgaben (**ca. 8%**) beeinflussen kann.

Mantraartig haben sämtliche Haushalts-sprecher*innen der WBB jährlich den Grundsatz

„Gebühren vor Steuern“

in Erinnerung gerufen. Die Passivität im letzten Jahrzehnt hatte gar schon zu Haushaltsablehnungen der WBB geführt. Mit der nun begonnenen Aufarbeitung und **Anpassung zahlreicher Gebührensatzungen** haben wir nach einer Dekade des Mahnens erstmalig wieder das Gefühl, dass wir im Rahmen unserer ohnehin begrenzten Möglichkeiten unser Mandat, für das wir allesamt vereidigt wurden, vollumfänglich erfüllt haben.

Nur noch wenige Satzungen stehen aus, neben den allgemeinen **Verwaltungsgebühren** betrifft dies insbesondere die beratungsintensive Anpassung unserer, seit ca. 15-Jahren (!) unveränderten **Halblengebühren**. Neue Kapazitäten durch den TSV-Sportpark schlagen sich in Sachen Auslastungsquote und Kostendeckungsgrad sicherlich weiter negativ auf der Einnahmenseite der Gemeinde nieder. Generell haben sich in der Vereinsarbeit Belegungen, Training und Veranstaltungen in den letzten anderthalb Jahrzehnten verändert, der Trend weg vom regelmäßigen Mannschaftssport zum mitunter temporär begrenzten Individualsport ist feststellbar.

Der WBB-Fraktion geht es bei diesem Thema primär nicht um eine pauschale Erhöhung und Mehrbelastung der Vereine, sondern um **andere Gewichtungen**, damit Vereine auch künftig den Mut haben, größere Kultur- und Sportveranstaltungen stemmen zu können. Ein niederschwelliges Angebot könnte dafür sorgen, dass unsere Infrastruktur zum Wohl der Einwohner vielleicht reger genutzt wird.

Gleichzeitig sehen wir die Anpassung der Hallennutzungsgebühren zeitlich zwin-

gend parallel mit der Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien, um eine **steuern- und fördernde Gesamtbetrachtung** zu gewährleisten.

Grundsteuer

Nachdem wir auf der Einnahmenseite unsere Hausaufgaben weitgehend erledigt haben, trägt die WBB nach Jahren der Ablehnung auch die vorgeschlagene **Grundsteuererhöhung** vollumfänglich mit. Unsere Anregung fand eine Mehrheit, beide Grundsteuern A und B auf **420 v.H.** zu vereinheitlichen, nachdem in den letzten Jahrzehnten mal die eine oder andere Steuerart jeweils höher lag. Auch hier wurde dem Gremium die Relationen transparent und detailliert als Entscheidungsgrundlage aufgezeigt.

Aufgrund der Tatsache, dass sich die Grundsteuer bis zur Umsetzung des BVG-Urteils im Jahre 2025 immer noch durch die starren Einheitswerte für Grundstücke und Häuser aus dem Jahre 1964 (!) bemisst, gibt es gegenüber der Gewerbesteuer, für die wir bewusst keine Erhöhung beschlossen haben, **keine lineare Fortentwicklung auf der Einnahmenseite**. Ohne regelmäßige Erhöhungen wird nicht mal die Inflationsrate ausgeglichen, die im November bei historischen 5,2% lag.

Seit dem erstmaligen Hebesatz aus dem Jahre 1960 (170 v.H.) gab es bis heute im Schnitt jährliche Steigerungen von 2,37%. Die jetzige Erhöhung spiegelt nach 11 Jahren mit 2,45% jährlicher Steigerung nahezu exakt frühere Werte, und erreicht bei weitem nicht die durchschnittlichen Baukostensteigerungen (4,38% seit 1968), die die Gemeinde jährlich zum Neubau der Nachkriegsinfrastruktur aufwenden muss. Da es weder eine jährliche Infrastrukturabgabe gibt, noch zweite Erschließungskostenabrechnungen rechtlich möglich sind, ist die regelmäßige Fortschreibung der Grundsteuer alternativlos.

Dass sich die FDP-Fraktion als Schutzpatronen der schwarzen Null und weitere Ratsmitglieder dieser Argumentationskette verweigern macht uns schlichtweg sprachlos.

Wir teilen die Auffassung, dass die Verwaltung deutlich mehr Sparwillen aufbringen und vor allem **vorleben** muss, statt dem Gemeinderat und insbesondere dem Verwaltungsausschuss permanent Mehrausgaben und zusätzliche Freiwilligkeits-

leistungen vorzuschlagen, mitunter in der Hoffnung, dass das Gremium ein Großteil der Vorschläge wieder einkassiert. Dann war es der böse Gemeinderat, der voreilige Versprechungen vom Bürgermeister torpediert!

Eine nachhaltige Konsolidierung funktioniert jedoch nur im Team, mit Geschlossenheit, mit mutigen politischen Entscheidungen. Sie funktioniert auch nicht, wenn als Gegenvorschlag einzig einmalige Investitionsverschiebungen vorgeschlagen werden. Damit ist keine Nachhaltigkeit möglich. Daher erwarten wir von der FDP-Fraktion und einzelnen Ablehnern der Grundsteueranpassung für die erste Konsolidierungsrunde am 11. März 2022 konkrete und machbare Vorschläge aus dem Verwaltungsbereich und nicht dem Investitionsbereich, um die jährlich prognostizierten **386.222 €** Mehreinnahmen der Grundsteuer A und B generieren zu können. Sind die Vorschläge real und überzeugend, können wir gerne Ende 2022 auch mal über eine Grundsteuer-Senkung diskutieren.

Klar ist jedenfalls, dass bei den vier anberaumten Konsolidierungsrunden im Jahr 2022 nun der **gesamte Ausgabensektor**, bzw. den Teil, den wir wirklich beeinflussen können (ca 8%), auf den Prüfstand kommt.

Personal-Ressourcen in transformierender Arbeitswelt

Einer der größten Ausgabenblöcke ist weiterhin der Personalsektor, aus Sicht der WBB jedoch gleichzeitig auch das größte Kapital. Denn ohne die tagtägliche Arbeit läuft in der Gemeinde nirgendwo etwas!

Es ist wichtig, sich aus dem starren Deckmantel des Staatsapparats zu befreien, und sich (endlich) den veränderten Arbeits- und Lebensverhältnissen anzupassen. Beispiele aus der Wirtschaft gibt es genügend. Nur so bleibt man als Arbeitgeber attraktiv in einer transformierenden Arbeitswelt, die mehr denn je den Fachkräftemangel ausgerufen hat.

Weniger Kontrollwahn, mehr Vertrauensvorschuss sind Lösungen, die in der Wirtschaft seit Jahrzehnten bestens funktionieren. Beispielsweise auch Führung in Teilzeit, Vertrauensarbeitszeit statt Stechuhr, Aufbau eines Bonus/Malus-Arbeitszeitkontos, digitale Voraussetzungen für modernes Homeoffice, und vieles mehr tragen zu einer attraktiven Arbeitgebermarke bei. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die berühmte „Work-Life-Balance“, die erwiesener-

maßen auch dem Arbeitgeber produktiv zugutekommt, stehen mittlerweile eher im Fokus statt nur den monetären Forderungen, die durch Aufgaben- und Funktionsbeschreibungen oder Stellenbewertungen im öffentlichen Dienst weitgehend zementiert sind.

Bei den Beratungen wurde dem erstaunten Gremium neben den auf **6,83 Mio. €** angestiegenen Personalkosten erstmals auch konkret zusätzliche **7,2 Mio. €** externe Personalkosten präsentiert. Der Löwenanteil betrifft die gesetzlich verankerte kommunale Pflichtaufgabe der Kindertageseinrichtungen (**5,49 Mio. €**), sowie die unzähligen Ingenieurleistungen im Hoch- und Tiefbau (**1,53 Mio. €**). Damit muss umgerechnet jeder Einwohner **1.349 €** jährlich erwirtschaften, damit unser Ort und unser Zusammenleben funktioniert.

Effiziente Verwaltungs- und Gremienarbeit

In die Tiefe der täglichen kommunalen Arbeitswelt, der Arbeitsprozesse, Organisation und Führung haben wir als Gemeinderatsfraktion nur bedingt Einblick. Wir maßen uns keine externe Leistungsbewertung an und gehen davon aus, dass jede einzelne Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter **im Rahmen der Möglichkeiten** effiziente Arbeit leisten!

Dennoch haben wir häufig das Gefühl, die Verwaltungsspitze erkennt zwar die dringenden und drängenden Aufgaben im Ort, auf dem Weg zur Lösung verläuft man sich jedoch im Unterholz.

Über die eben beschriebenen Möglichkeiten sollten wir uns vermehrt Gedanken machen, auch im Gremium, oder der Haushaltskommission. Kommunikation, Rücksprache, Teamgedanke, mal ein Anruf..., zu oft fehlen diese elementaren, vertrauensbildende Elemente zwischen Verwaltung und ehrenamtlichem Gemeinderat.

Daher sehen wir, was eine effiziente Ratsarbeit angeht, exorbitant viel Luft nach oben. Wie erwähnt waren die Haushaltsberatungen ein positives Beispiel, wie binnen kurzer Zeit zielgerichtet komplexe Themenstellungen vollumfänglich abgearbeitet wurden. Das Gegenteil war im Vorjahr der Fall, als sich die Beratungen von Oktober bis April hinzogen.

Aus Sicht der WBB-Fraktion gibt es zu viele Themen, die über Monate und Jahre bis zur Entscheidungsreife gestreckt werden.

Dadurch beginnen Diskussionen permanent von vorne, oder längst beschlossene Schritte werden durch neue Überlegungen selbstverständlich wieder ad acta gelegt, tlw. ohne das Gremium zu informieren.

Zu viele (Doppel)-Präsentationen, Mehrfachberatungen, ungenügende oder in der Sitzung plötzlich abweichende Sitzungsvorlagen, Vorlesen dieser Vorlagen, obwohl die Öffentlichkeit und das Gremium im Vorfeld online vollumfänglich Zugriff haben, Vertagungen, Absetzungen oder Nachträge von Tagesordnungspunkten, Beschlüsse von Konzeptionen und Zeitplänen, die wenig später verwaltungsintern nichts mehr zählen, sind schlicht ineffektiv und rauben Lebenszeit.

Wir verzichten auf die Aufzählung etlicher Beispiele, stellvertretend sei nur das im Frühjahr 2018 in Auftrag gegebene Mobilitätskonzept genannt, das auch knapp vier Jahre später noch nicht vertiefend diskutiert wurde. Damit meine ich den Gemeinderat, nicht die sozialen Medien, geschweige denn, dass schon eine Entscheidungsreife erkennbar ist. Auch eine unserer wichtigsten Einnahmequellen, die Erschließung des Gewerbegebiet Sandfeld für die wartenden 6er-im Lotto (O-Ton auf einer Bürgerversammlung) dauert bereits seit Aufstellungsbeschluss über 11 Jahre!

Im Hinblick auf den zeitlichen Aufwand des Ehrenamts, aber auch die wertvollen Ressourcen unseres Personals, erwarten wir hier eine deutliche Effizienzsteigerung, um auch künftige Generationen von einer Ratskandidatur im Ehrenamt überzeugen zu können.

Rechtsanspruch Ganztagesgrundschule

Weitere Pflichtauf- und Ausgaben erwarten die Gemeinde:

Ab dem Jahr 2026 gibt es einen **Rechtsanspruch auf die Ganztagesgrundschule**, obwohl die Gesetzgeber in Berlin und Stuttgart selbst nahezu alles unter Finanzierungsvorbehalten stellen. Wohlgermerkt, das betrifft die gesamte Couleur an Parteienspektrum außerhalb der politischen Ränder! Das passt nicht zusammen, auch wenn gesellschaftspolitisch die Ganztagesgrundschule die logische Folge der durchgängigen Betreuung im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstellt. Der Rechts-

anspruch soll gar im Sozialgesetzbuch verankert werden, und steht damit unter staatlicher Aufsicht. Das bedeutet einen auferlegten Mindestpersonalschlüssel mit qualifiziertem Personal - trotz leergefegtem Arbeitsmarkt der Pädagogen. Allein in Baden-Württemberg müssen nach einer Prognose des Gemeindetags Gebäude in der Größenordnung von 1,3 Mrd. € um- oder neugebaut werden, von den errechneten 800 Mio. € jährlichen Betriebskosten sind nach dem Königssteiner Schlüssel nur 169 Mio. € den Kommunen zugesagt. Dafür feiert sich unser Ministerpräsident als Kommunenverstehere. Es wird spannend sein zu beobachten, wie unsere Gemeinde diesen Rechtsanspruch in nur 4 Jahren stemmen und umsetzen möchte.

Mobilitätsgarantie

Völlig unklar ist auch, wie sich die im Koalitionsvertrag der Landesregierung verankerte **Mobilitätsgarantie**, ebenfalls ab 2026 geplant, in einem notorisch unterfinanzierten ÖPNV verwirklichen und vor allem finanzieren lässt.

Was kommt auf die Gemeinde noch alles verpflichtend zu, das wir nicht selbst in der Hand haben?

Klimaschutz-Investitionen & Klimaschutzziele

Beispielsweise die verstärkten **Klimaschutzinvestitionen**, die in rechtlicher Hinsicht erstaunlicherweise immer noch im Bereich „Freiwilligkeitsleistung“ zu verorten sind. Denn finanziell gesehen steht tatsächlich der Rechtsanspruch der Ganztagesgrundschule vor dem (noch freiwilligen) Klimaschutz!

Von der mitunter paradoxen Landes- und Bundespolitik wieder zurück nach Weingarten:

Teile vom Gemeinderat träumen von einer, im Vergleich der Ziele von EU, Bund, Land, Kreis gar noch weiter „vorgezogenen“ **Klimaneutralität Weingartens** bereits im Jahre 2030. So auch die Verwaltung in einer Pressemitteilung in den BNN. Träumen ist immer erlaubt, selbst bei manchem Beamten, natürlich im übertragenen Sinne!

Es fehlt nur der klare Weg zur Zielerreichung, zuvor definierte Zwischenziele, und nebenbei die Finanzierung. Sehr rasch nach den Haushaltsberatungen rücken sol-

che Fragen erfahrungsgemäß in den Hintergrund.

Die WBB-Fraktion steht jedenfalls sämtlichen Maßnahmen und Planungen zu nächst vorbehaltlos gegenüber. Denn der Klimawandel ist offensichtlich, wir müssen nur auf die kahlen Stellen auf unserem Bergwald „Köpfe“ schauen.

Für unsere Fraktion zählen weiterhin einzig belegbare Fakten, wir sind nämlich völlig ideologiefrei! Daher sind wir froh, dass endlich Aussicht auf eine Versachlichung der Themen besteht, auch wenn wir wieder drei (!) öffentliche Gemeinderatssitzungen benötigen, bis das Gremium sich doch einstimmig auf unseren Vorschlag verständigte, den Mediator Dr. Ewen vom **Energidialog Baden-Württemberg** einzuschalten.

Denn ob Windkraft, Geothermie, Trassenplanungen, freiwillige Wärmeplanung mit Wärmenetzen, oder vielleicht auch eine schwimmende Photovoltaik-Anlage auf dem Baggersee, um unsere Wasser- und Abwasserversorgung mit grüner Energie eines Tages klimaneutral zu stellen: Alle Themen bedeuten gravierende Veränderungen, ungewohntes Terrain, Abkehr von Gewohnheiten und subjektiven Gefühlswelten - und bedürfen einer Mediation, um die Stimmungslage und Faktenchecks nicht nur Verhinderern, Gegen- und Bürgerinitiativen zu überlassen.

Daher ist die WBB-Fraktion nach anfänglicher Skepsis nun auch von der Zertifizierung des European Energy Awards (EEA) überzeugt, der gestern im Rat einstimmig beschlossen wurde. Ein strukturierter und kontinuierlicher Prozess über die sechs Handlungsfelder (von Mobilität, Entwicklungsplanung/Raumordnung, kommunale Gebäude und Anlagen, Ver- und Entsorgung, interne Organisation und Kommunikation) sind aus WBB-Sicht zielführender auf dem Weg zur Klimaneutralität als nur das mediale Ausrufen einer Zieljahreszahl.

Zur Haushaltsverabschiedung 2022:

Nach den Ausführungen zu einigen Schwerpunktthemen kommen wir, die WBB-Fraktion, nochmals konkret zu unserer Bewertung und Kommentierung der Haushaltspläne 2022, der mittelfristigen Finanzplanung, sowie unserer leider weiter steigenden Verschuldung:

Wenig überraschend dürfte sein, dass wir **dem Haushaltsplan 2022, den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung einstimmig zustimmen.**

Unsere Zufriedenheit zum effizienten Ablauf der Beratungen und insbesondere der Ergebnisse haben wir mehrfach lobend zum Ausdruck gebracht.

Wir wollen dennoch nicht unerwähnt lassen, dass wir schriftlich 15 Punkte in die Beratungen eingebracht haben, von denen einige noch zur Beratung ausstehen, nicht behandelt wurden, oder schlicht keine Mehrheiten fanden. Hierzu zählt beispielsweise die Bebauung des alten TSV-Areals/Waldbrücke-Süd bereits ab 2024.

Wir befürworten die Erschließung städtebaulich, betrachten jedoch sorgenvoll den hausgemachten Druck auf unsere prekären Kinderbetreuungskapazitäten, wenn zeitgleich die Neubaugebiete von Schlimm-, Sebold- und Trautwein-Areal mit mehreren hundert Wohneinheiten verwirklicht werden.

Unsere mittelfristige Investitionsplanung und damit die Genehmigungsfähigkeit des Gesamthaushalts beruht jedoch auf den Millionenerlöse dieser Grundstücke (2024+2025 je **4,42 Mio. €**). Unsere Zielvorstellung war eher Richtung 2027/28, wenn wir beispielsweise an das größte vor uns liegende Investitionsprojekt denken, den Schulausbau oder gar Neubau, dann wären wir über etwaige Einnahmen auch in späteren Jahren glücklich.

Kritisch sehen wir auch weitere Großinvestitionen (**3,36 Mio. €**) in kleingruppige Kindergarteneinheiten, statt den großen Wurf und laut Haushaltskommission wirtschaftlich sinnvollen Neubau eines 5-7-gruppigen Kindergartens anzugehen. Auch im Hinblick auf die Flexibilität des Personalwesens. Dafür hatte der Gemeinderat im Rahmen einer weiteren Konzeption (...!) bereits vor Jahren **frühzeitig** politisch den Weg an der Walzbachhalle freigemacht, die Gemeinde sogar bereits das Baufeld.

In Summe zwingt der Bau- und Zuzugs-Boom die an vielen Stellen an die Grenzen

geratene Infrastruktur zu massiven Investitionen, die weitere Folgekosten produzieren und alle Gebührenzahler über Jahrzehnte anteilig finanzieren werden.

Wir reden nicht nur über Erschließungen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Schulneubau, auch für die Kläranlage wurde ein Investitionsbedarf von **27 Mio. €** innerhalb der nächsten 4 Jahre ermittelt.

Geplant ist eine Gesamtinvestition im Jahr 2022 mit einer weiteren Rekordsumme von **20,47 Mio. €**, denen rund **8,7 Mio. €** an Einnahmen und Förderungen entgegenstehen. Details hierzu hat unser Bürgermeister skizziert. Es handelt sich überwiegend um die Fortsetzung begonnener Projekte, Sanierungen und Erschließungen, die wie beim Gewerbegebiet Sandfeld auch als Vorinvestitionen künftiger Einnahmen zu sehen sind.

Weingarten liegt sicherlich im Pro-Kopf-Vergleich landkreisweit an der Spitze, was Investitionen in die Infrastruktur angeht. Daher verbietet sich auch ein immer wieder bemühter Vergleich der Kommunen, was die Gesamtverschuldung oder Pro-Kopf-Verschuldung anbelangt. Ein Bürger, der morgens zum Bahnhof läuft, macht sich vermutlich wenig Gedanken, ob der Abwasserkanal undicht ist, oder wie hoch die Verschuldung seines Wohnorts ist. Durch Nichtstun und Nichtinvestieren kann man jedenfalls nahezu jeden Haushalt perfekt darstellen, und mit Sicherheit interne wie externe Personalkosten sparen. Das wissen am besten die Hüter und Verfechter der schwarzen Null. Nur ist es keine Generationengerechtigkeit, wenn der Nachwelt ein Investitionsstau aufgebürdet wird!

Daher tragen wir sämtliche begonnene und notwendige Maßnahmen mit, auch wenn die Gesamtverschuldung Ende 2022 mit ca. **53,75 Mio. €** (25,12 € Kernhaushalt, Wasser 11,39 Mio. € und Abwasser 17,24 Mio. €) höchst besorgniserregend anmutet.

Zumal die zusätzlichen Schulden des ausgelagerten Abwasserzweckverbandes nicht berücksichtigt sind. Da jedoch unsere, über Gebührenhaushalte finanzierte Eigenbetriebe keine Gewinne abwerfen

dürfen, können sämtliche Kosten in Kanäle, Leitungen, Wasserwerk, Kläranlage, Wasserreservoir nur über einen permanenten Kapitaldienst finanziert werden, den generationengerecht die Nutzer über bis zu 50 Jahre jährlich anteilig über Gebührenkalkulationen zahlen. Daher liegt unser Augenmerk insbesondere auf dem Kernhaushalt. Dort sind noch 2 Mio. € Schulden für die gewinnbringende Beteiligung an der Netze BW enthalten.

Unser Appell, bei einer erneuten Schuldenaufnahme von **8,7 Mio. €** ein sogenannter **Schuldenrückführungsplan in die mittelfristige Finanzplanung** einzubauen, fand Gehör. 2025 werden laut Plan rund 4 Mio. € der Einnahmen aus dem Verkauf des TSV-Geländes direkt in die Tilgung überführt. Wir erinnern daran!

Die Haushaltskommission wird sich neben den Ausgaben auch mit der **Schuldensperspektive** beschäftigen müssen, auch wenn es in Negativ-Zins-Zeiten nie einfacher war, sich zu verschulden, bzw. den Kapitaldienst zu leisten.

Wir bitten eindringlich unsere vielfältigen Anregungen und die auch sicher von anderen Fraktionen noch kommenden Stellungnahmen ernst zu nehmen.

Herzlichen Dank

Zum Schluss möchten wir uns bei der gesamten Verwaltung, dem Bauhof, dem Hausmeisterteam, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Eigenbetriebe, der Schule, dem Hort, der Kinderbetreuungseinrichtungen, der Bäder sowie allen in der Gemeinde tätigen Ehrenamtlichen für Ihr Wirken und Engagement danken. Sie sind die Eckpfeiler und Garanten für ein funktionierendes Gemeinwesen in unserem schönen Weingarten!

P.S.: Das Wort mit „C“, das plötzlich für vieles ursächlich sein soll, haben wir bewusst nicht erwähnt!

Haushaltsrede 2022 der CDU-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Gerhard Fritscher



**Sehr geehrter Herr
Bürgermeister Bänziger,
werte Kolleginnen und Kollegen
Gemeinderäte,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
meine sehr geehrte Damen und Herren,**

der heute zu verabschiedende Haushalt für das Jahr 2022 mit der mittelfristigen Finanzplanung bis 2025 wurde uns von Ihnen Herr Bürgermeister bzw. von der Verwaltung ausführlich vorgestellt. Wir begrüßen es sehr, dass wir ihn erstmals seit Jahren vor Eintritt in das Planjahr verabschieden können. Dies ist grundsätzlich einer äußerst strikten und effizienten Vorgehensweise unseres Finanzbereichs, unter der Führung der Herren Schneider und Klotz, aber auch der guten Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen und dem Gemeinderat geschuldet. Dafür vorab unseren Dank.

Durch die vorgezogenen vier Sitzungen der neu ins Leben gerufenen Haushaltskommission in diesem Jahr wurde über alle Fraktionen hinweg ein Konsens gefunden und die angestrebte Verbesserung unseres Ergebnishaushaltes um rd. 1 Mio. EUR erreicht. Darauf ließ sich dann innerhalb der diesjährigen Haushaltsberatungen in den Ausschüssen und im Gemeinderat der heute vorgelegte Haushalt sehr gut entwickeln.

Der Haushaltsentwurf für den **Kernhaushalt** schließt wohl mit einem positiven Ergebnis von 848 TEUR ab, dies aber nur unter Einbeziehung außerordentlicher Erträge in Höhe von 1,995 Mio. EUR. Dies ist für das Jahr 2022 akzeptabel, aber für die folgenden Jahre muss unbedingt ein positives ordentliches Ergebnis, wie in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt, ernsthaft angestrebt werden. Damit wird deutlich, dass wir weiter an unserer Haushaltsstruktur arbeiten müssen, um die vorgeschriebene Deckung von mindestens der Zinsen und Tilgung zu erfüllen. Dies auch deshalb, weil sich das kommunale Prüfungamt am ordentlichen Ergebnis orientiert und eine Gemeinde auf Dauer nur autark bleiben kann, solange dort ein positives Ergebnis steht. Wir gleichen also im Planjahr 2022 das negative Ergebnis nochmals durch außerordentliche Erträge aus. Dies muss unbedingt eine Ausnahme bleiben, weil wir auf Dauer nicht von unserer Substanz leben können.

Ergebnishaushalt

Bei den Sitzungen der Haushaltskommission kamen grundsätzlich alle Einnahmen und Ausgaben auf den Prüfstand. Nach dem Grundsatz einer ordentlichen Haushaltsführung „Gebühren vor Steuern“ wurden die Gebührenansätze, wie z.B. die Friedhofsgebühren, bereits maßvoll angepasst. Es fehlen nun nur noch die Verwaltungsgebühren und die Gebühren für die Hallenmieten, die im Zusammenhang mit der Anpassung der Vereinsförderungsrichtlinien erst im nächsten Jahr beschlossen werden sollen.

Zur Verbesserung unseres Haushalts war es deshalb unumgänglich, die **Grundsteuer-Hebesätze** erstmals wieder seit dem 2006 zu erhöhen. Auf Vorschlag unserer Fraktion wurde diese von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung für die Grundsteuer A und B auf 420 v.H. wieder gleichgestellt.

Dagegen hat der Gemeinderat bewusst die Beibehaltung des Gewerbesteuer-Hebesatz von 340 v.H. beschlossen und zwar einstimmig! Vor dem Hintergrund des neuen Gewerbegebiets „Sandfeld“ ist dies ein deutliches Zeichen an unsere Gewerbetreibenden und

für die Ansiedlung von neuen, zukunftsweisenden Unternehmen. Da es sich dabei um eine dynamische Steuer handelt, profitiert die Gemeinde automatisch von den positiven Entwicklungen der ansässigen Betriebe.

Mit Einführung der Zweitwohnungssteuer versprechen wir uns eine deutliche Ertragssteigerung für die zukünftigen Haushalte. Streng nach dem Gleichheitsgrundsatz sollen sich zukünftig auch die Bürger und Bürgerinnen unserer Gemeinde, die ihren Erstwohnsitz außerhalb Weingartens haben, aber die Vorteile und Annehmlichkeiten unserer Gemeinde nutzen, an den Kosten für den Erhalt unserer Infrastruktur beteiligen. Unsere Fraktion ist gespannt, ob sich die von vergleichbaren Kommunen übernommenen Ertragsansätze auch verwirklichen lassen.

Der größte Kostenblock in unserem Haushalt sind die Personalkosten. Einerseits hätten wir diese gerne reduziert. Andererseits nehmen Gesetzes- und Verordnungsvorgaben von Bund und Land ständig zu. Komplexer werdende Antrags- und Prüfungsverfahren, umfangreiche und vielfältige Fördertöpfe sowie bürgernahe und kundenorientierte Dienstleistungsangebote, können nur mit ausreichendem und fachlich qualifiziertem Personal bewältigt werden.

Kinderbetreuung und Schule, Jugendzentrum und Vereine, Familien, Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit und Unterstützung. Insbesondere in der Corona-Pandemie leiden viele Menschen unter Kontaktarmut, Vereinsamung, Rückzugstendenzen, psychischen Problemen und Entwicklungsverzögerungen. Hilfen für die Jugend- und Schulsozialarbeit, für Seniorenangebote und die Unterstützung der auf ehrenamtlicher Basis agierenden Vereine und Institutionen sollen gegensteuern und sind Investitionen in die Zukunft.

Investitionen

Die geplanten Investitionen von rd. 8,5 Mio. EURO (nach Abzug von Förderung und Verlaufsverlusten) können natürlich nicht aus dem Ergebnishaushalt finanziert werden. Dafür ist

eine Kreditaufnahme von 7,9 Mio. EURO nötig, die gleichzusetzen ist mit der Nettoneuverschuldung. Damit erhöht sich unser Schuldenstand im Kernhaushalt allerdings weiter, nun auf 25,1 Mio. EURO zum 31.12.2022. Wir hoffen, dass dies nur eine Momentaufnahme ist und die Schulden in den nächsten Jahren wieder sukzessive abgebaut werden können. Positiv ist, dass die Verwaltung die Rückzahlung eines Kredits bereits kurzfristig (2025) eingeplant hat.

Die Investitionen verteilen sich auf dringend notwendiger Straßen- und Gebäude-Sanierungsmaßnahmen, den Neubau des Kindergartens in der Waldbrücke, den Ausbau und die Erschließung des neuen Gewerbegebiets „Sandfeld“ und den strategischen Ankauf des Eckgebäudes Marktplatz 4, des früheren „Lammecks“.

Für die CDU-Fraktion ist aber auch klar, dass es mit so großen Investitionen nicht unbegrenzt weiter gehen kann. Deshalb sprachen wir uns auch frühzeitig für den Verkauf von Gemeinde eigenen Immobilien aus, um die Erlöse zu Neuinvestitionen, wie das Großprojekt „Schule“, das nun konkret in die Planung geht, kreditschonend einsetzen zu können.

So z.B. die beiden bisherigen „Asylantenunterkünfte“ „Jöhlinger Straße 112/1“ kurzfristig und „112/2“ mittelfristig. Aber auch das ehemalige „Metaxa“ in der Bruchsaler Straße 12, das vom Freundeskreis Asyl nicht mehr benötigt wird.

Schaffen von neuem Wohnraum

Fakt ist, dass uns der Flächennutzungsplan auch in Weingarten nur noch wenig Spielraum für Neubauten auf der „grünen Wiese“ lässt. Da der Anspruch an Wohnraum und vor allem an neuen Wohnungen groß ist, müssen wir zwangsläufig in die Tiefe und auch in die Höhe planen. Verdichtung ist die einzige Lösung, auch wenn dies immer wieder auf Kritik und Widerstand im unmittelbaren Wohnumfeld stößt.

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion wurden in diesem Jahr die Bebauungspläne „Ulmenplatz“, „Sebold-Areal“, „Schlimm-Areal“ verabschiedet und das seit vielen Jahren in der Planung befindliche Baugebiet „Kirchberg-Mittelweg“ weiter entwickelt. Weitere maßvolle Innenverdichtungen werden folgen müssen. Dazu werden bestehende Bebauungspläne

sukzessive den heutigen Anforderungen und Möglichkeiten angepasst. Zusammen mit den beschlossenen „baulandpolitischen Grundsätzen“ ist auch gesichert, dass alle Generationen und Einkommensgruppen in Weingarten die Möglichkeit besitzen, Eigentum zu erwerben oder eine passende Mietwohnung zu finden.

Erfreulicherweise ist Weingarten sehr attraktiv. Aber Attraktivität kostet auch Geld, was uns auch dieser Tage die BNN mit dem Vergleich der Abgaben und Kosten der Hardt-Gemeinden deutlich aufgezeigt hat. Der Kritik aus der Bevölkerung zu unserer unrühmlichen Spitzenposition im Kreis ist zu entnehmen, dass Unkenntnis herrscht über unsere spezielle Situation in Weingarten. Wir bitte die Verwaltung dringend unsere Bürgerinnen und Bürger diesbezüglich einmal ausführlich über die Zusammenhänge und Abhängigkeiten zu informieren.

Gewerbegebiet „Sandfeld“

Die CDU-Fraktion hat in der Vergangenheit immer darauf gedrängt, dass das Gewerbegebiet „Sandfeld“ zeitnah umgesetzt wird, um den Bedarf unserer Weingartener Unternehmen zu decken. Die Informationen über die weitere Konkretisierung hat in unserer Fraktion allerdings für Stirnrünzeln gesorgt. Nun wird klar, dass dies - u.a. aufgrund der schwierigen Entwässerung - sehr wahrscheinlich ein teures Gewerbegebiet werden wird. Wir sind uns nicht sicher, ob wir diesem Bebauungsplan zugestimmt hätten, wenn uns diese Informationen bei Beschlussfassung vorgelegen hätten. Wichtig ist, dass die Erschließung des Gewerbegebiets und die Ansiedelung von Gewerbe nun zügig und erfolgreich umgesetzt werden. Sollte es möglich sein, die Einrichtung eines Gründerzentrums für Start-Ups vorzusehen, würde dies unsere Fraktion sehr begrüßen. In Bahnhofsnähe und mit der schnellen S-Bahn-Verbindung nach Bruchsal und Karlsruhe hat das „Sandfeld“ sehr gute Standortvorteile zu bieten.

Kinderbetreuung

Die gute Ausstattung unserer Kindergärten und Kindertagesstätten ist für uns von elementarer Bedeutung. Unsere Fraktion hat sich immer dafür eingesetzt, dass die notwendigen Investitionen in die Ausstattung und Versorgung getätigt werden.

Um frühzeitig auf die Bedarfszahlen vorbereitet zu sein, hatten wir die Gemeindeverwaltung mehrmals aufgefordert, zuerst eine Gesamtkonzeption für den Neu- und Ausbau unserer Einrichtungen - auch gerade hinsichtlich der Standorte - zu erstellen, bevor wir über weitere Neubauten entscheiden.

In der Vergangenheit wurden unsere Kindergärten dezentral geplant, um den Kindern und Eltern kurze Fußwege zu sichern. Dies wird sich in der Zukunft ändern, denn aus wirtschaftlichen und organisatorischen Gründen sind zentrale mehr-gruppige Einheiten dezentralen kleinen Einheiten vorzuziehen. Und damit rückt die Standortfrage in den Vordergrund. Auch wenn sich Eltern heute vorrangig nach individuellen Angeboten und freien Plätzen orientieren und dafür auch bereit sind größere Anfahrten auf sich zu nehmen, kann sich dies, z.B. bei Veränderungen des Arbeitsmarktes, auch wieder schnell ändern.

Um den prognostizierten Kinderzahlen und Betreuungsansprüchen 2022 gerecht zu werden, musste der Gemeinderat kurzfristig die Errichtung eines neuen zweigruppigen Kindergartens in Modulbauweise in der Waldbrücke entscheiden. Denn nur auf diesem Gemeinde eigenen Gelände können wir in Kombination mit einer modularen Bauweise kurzfristig Plätze schaffen. Damit reagieren wir aber auch wieder nur anstelle zu agieren.

Schule

Auch auf Basis der ersten Kostenschätzungen sprach sich die CDU-Fraktion für den Erhalt des traditionellen Standorts im Ortskern aus. Bei der zukünftigen Ausrichtung, dem Um- und Neubau unserer Schule, müssen auch die Anforderungen der vom Land beschlossenen Ganztags-Grundschule ab dem Jahr 2026 berücksichtigt werden. Die baulichen Notwendigkeiten an der Turmbergschule sind nicht nur erst durch die genutzten Container unübersehbar. Im kommenden Jahr sollen daher die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie diskutiert werden, die uns hoffentlich auch eine fundierte Kostenschätzung bringen wird. Es gilt hierbei zwei zentrale Aspekte zu beachten: ein Ausbau der Turmbergschule sowie eine Modernisierung am Standort müssen flächenmäßig umsetzbar und bezahlbar sein. Sollte die Machbarkeitsstudie den Gemeinderatsbeschluss in Frage stellen, müssen wir ggf. unsere Standortentscheidung überdenken.

Medizinisches Zentrum

Bereits in der Haushaltsrede 2021 haben wir den Stillstand im Bereich des geplanten Ärztetehauses kritisiert und sind seither leider keinen Meter vorangekommen. Wir müssen die Umsetzung wohl extern vergeben, um dieses für die Zukunft Weingartens notwendige Projekt schneller verwirklichen zu können. Andere Gemeinden im Umkreis machen uns vor, wie man erfolgreich ein Ärztehaus errichten kann, ohne Ressourcen der Verwaltung zu bündeln. Die Zeit drängt. Lassen Sie uns, Herr Bürgermeister, endlich die dazu anstehenden Fragen klären und das Projekt zum Laufen bringen. Die ärztliche Versorgung in Weingarten muss gesichert werden und dafür ist ein Ärztehaus ein wichtiger Bestandteil.

Freibad

Die CDU-Fraktion ist gespannt auf den Vorschlag der Gemeindeverwaltung, wie ein Freiswimmerbecken mit Hilfe von Fördergeldern zukünftig realisiert werden kann. Das Außenbecken wurde den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde im Zuge der Auflösung des alten Freibades vor vielen Jahren vom Gemeinderat versprochen und unsere Fraktion will gemachte Versprechen auch einhalten.

Wir begrüßen es, dass das Projekt in der mittelfristigen Finanzplanung festgeschrieben ist, wenn auch abhängig von Landes- und Bundeszuschüssen.

Mobilität

Das angestrebte Mobilitätskonzept der Gemeinde muss nun konkrete Formen annehmen. Zu häufig werden anstehende Einzelentscheidungen, wie z.B. über Parkflächen und Parkverbote auf die lange Bank geschoben, indem pauschal auf dieses Mobilitätskonzept verwiesen wird. Die CDU Weingarten und sicherlich auch viele Bürger und Bürgerinnen haben hierzu eine ganz klare Erwartungshaltung. Als CDU-Fraktion plädieren wir für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer. In Straßen ohne Gehweg könnten Verkehrsberuhigungen oder Einbahnstraßenregelungen gewissen „Druck“ aus dem Verkehr nehmen. Eine einheitliche Parkraumbewirtschaftung mit einer angemessenen Anzahl von Parklätzen für PKW sowie Abstellmöglichkeiten für Fahrräder erhöht sicherlich die Zufriedenheit aller Verkehrsteilnehmer. Auch der Ausbau und

die Modernisierung von Radwegen wird von uns gewünscht.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit und Inklusion darf als wichtiger Bestandteil der politischen Arbeit betrachtet werden. Ältere und in der Mobilität eingeschränkte Menschen, Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungsbildern dürfen eine auch auf sie ausgerichtete städtebauliche Entwicklung erwarten. Die baulandpolitischen Grundsätze für Neubaugebiete sind ein Standbein, Umbauten in Bestandsgebäuden unter barrierefreien Gesichtspunkten ein anderes und die Gestaltung des öffentlichen Verkehrsraumes (Mobilitätskonzept) ein weiteres. Längst überfällig ist ein barrierefreies WC im Rathaus, das nun im Jahr 2022 endlich seiner Vollendung entgegen geht. Barrierefreiheit in weiteren kommunalen Gebäuden, hier vor allem der Eingangsbereich in der Walzbachhalle, müssen folgen.

Bahnprojekt Mannheim-Karlsruhe

Nachdem die CDU Weingarten in diesem Jahr bereits Staatssekretär Steffen Bilger zu einem Vor-Ort-Termin eingeladen hatte, um sich ein Bild von der eventuell infrage kommenden Bahntrasse an der BAB 5 zu machen, wirkt unsere Fraktion daraufhin, dass der Gemeinderat zukünftig regelmäßiger über den aktuellen Planungsstand informiert wird. Von der Deutschen Bahn wurden mit den Kommunen und übergeordneten Entscheidern bereits mehrere Dialogforen und Workshops durchgeführt. Thematisiert wurden die Ergebnisse im Kreise des Gemeinderats bisher nur ein einziges Mal. Herr Bürgermeister, auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde haben ein Anrecht hier vertieft und zeitnah informiert zu werden zumal sich Zeichen mehren, dass Weingarten von diesem sicherlich wichtigen Güterbahnprojektneubau tangiert werden wird.

Natur, Umwelt und Klima

Die Gemeinde beschäftigt seit diesem Quartal einen Klimaschutzmanager, mit dessen Hilfe wir die notwendigen weiteren Schritte zur Verbesserung des Klimaschutzes in Weingarten angehen wollen.

Erst kürzlich sahen sich die Mitglieder des Gemeinderats mit der Frage konfrontiert, wie

eine Stellungnahme bezüglich des Themas Geothermie konkret aussehen müsste. Entgegen eines Berichts der BNN, war sich der Weingartener Gemeinderat in dieser Frage nicht einig.

Nicht nur unsere Fraktion hätte gerne vor Abgabe der Stellungnahme die sich stellenden Fragen mit einem unabhängigen Sachverständigen geklärt. Aus diesem Grund haben wir uns damals mit zwei weiteren Fraktionen der Stimme enthalten, denn die Vorlage der Gemeindeverwaltung ließ eine konkrete und fundierte Bewertung einer ersten Aussage noch nicht zu. Die Darstellung der BNN, dass es sich um eine einstimmige Zustimmung des Gemeinderats handelte, ist wohl formell richtig, aber im Kern falsch, weil es das Ergebnis nicht exakt widerspiegelt.

Mit unserem Antrag zur Prüfung der Forcierung von Photovoltaik-Anlagen mitsamt extensiver Begrünung auf Dachflächen zeigen wir, wo unsere Gemeinde zukünftig weiter hinsteuern soll. Klimaneutrale Energiegewinnung ohne unnötigen Flächenverbrauch! Wir werden uns weiter für jede sinnvolle alternative Energiegewinnung einsetzen.

Bereits im Januar dieses Jahres stellte die CDU-Fraktion den Antrag, die Gemeinde Weingarten im Rahmen European Energy Award (EEA) zur „Europäischen Energie- und Klimaschutzkommune“ zu zertifizieren. Die Überprüfung von Raumordnung und Raumplanung, der kommunalen Gebäude und Anlagen, der Ver- und Entsorgung, Mobilität, Organisation, Kommunikation und Kooperation hat zum Ziel, ressourcensparend zu wirtschaften und Klimaschutzziele effizienter zu erreichen. Erfreulicherweise wurde unser Antrag in der gestrigen Gemeinderatssitzung einstimmig beschieden.

Ein hoher Anteil am Klimaschutz wird auch von unserem Forstbetrieb getragen. Früher war der Wald durch den ertragsreichen Holzverkauf eine zuverlässige Einnahmequelle für unseren Kernhaushalt. Diese guten Zeiten sind zumindest für die nächsten Jahre vorbei. Die Klimaveränderung macht unserem Wald schwer zu schaffen, die Holzqualität und -quantität leiden sehr darunter. An dieser Stelle gilt den Mitarbeitern des Forstes, federführend unserem Förster Michael Schmitt, unser besonderer Dank für die mit viel Engagement getragene und umgesetzte alternative Aufforstung von zukunftsträchtigen Bäumen auf unserer Gemarkung.

Vereine

Wir werden als CDU immer darauf hinweisen, dass es die Vereine sind, die das Bild unserer Gemeinde stark mitprägen. Ohne sie gäbe es für viele Familien keine Betreuungs- und Ausbildungsangebote in vielen unterschiedlichen Bereichen. Unsere Fraktion hat immer schon großen Wert darauf gelegt, die Arbeit der Vereine in besonderem Maße zu unterstützen und deswegen u.a. auch einen Antrag auf einen Corona-Sonderfonds 2021 für Vereine in den Gemeinderat eingebracht, der dann erfreulicherweise auch positiv verabschiedet wurde. Auch die Ehrenamtsbörse stammt aus der Feder unserer Fraktion. Im nächsten Jahr werden auch die Vereinsförderichtlinien aktualisiert, was zur Planungssicherheit der Vereine und des Ehrenamts nötig ist.

Eigenbetriebe Wasserversorgung

In Verbindung mit den geplanten Straßensanierungen werden richtigerweise i.d.R. auch immer die Wasser- und Abwasserleitungen erneuert. Die Abschreibungen und Zinsen auf die Investitionen in die Sicherheit der Wasserversorgung müssen über die Verbrauchergebühren wieder ausgeglichen werden. Der Wasserpreis verringert sich geringfügig auf 2,90 EUR pro Liter. Er wird aber zwangsläufig mittelfristig wieder steigen

Im Abwasserbereich führen die außerordentlich hohen Investitionen von 7,9 Mio. EUR zu deutlichen Gebührenerhöhungen für Schmutzwasser und Niederschlagswasser. Auf diesem Preisniveau lagen wir aber schon vor einigen Jahren. Die zwischenzeitliche

Gebührenreduzierung war auf Gewinne der Vorjahre zurück-zuführen, die grundsätzlich immer verrechnet werden müssen. Die Investitionen sind nötig, um unsere Infrastruktur auf den neuen technischen Stand zu bringen und somit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Dank

Das Jahr 2021 war in jeglichem Sinne wieder ein besonderes Jahr. Wir haben in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens lernen müssen, dass die Pandemie vorerst noch Teil unseres Alltags sein wird. Viele Menschen halten sich an die einschränkenden Regeln und tragen dazu bei, dass die Infektionszahlen zumindest derzeit nicht weiter steigen. Die CDU-Fraktion möchte sich bei dieser Gelegenheit zu aller erst bei den vielen Menschen im Gesundheitsbereich, bei den Pflegern, den Apothekern, den Ärzten aber auch den Erziehern und Lehrern sowie bei den Bürgern und Bürgerinnen bedanken, die jeden Tag in Kontakt mit anderen stehen und dafür sorgen, dass der Alltag noch seinen geregelten Gang in dieser Pandemie gehen kann.

Ein Dankeschön geht an die gesamte Verwaltung, auch an unseren Bauhof und die Wasserversorgung, die es in dieser Pandemie nicht leicht haben, neben den Corona bedingten Sondermaßnahmen, das Tagesgeschäft zu bewältigen und dies bei eher zunehmenden Wünschen der Bevölkerung.

Wir danken dem Finanzbereich für die gute Vorarbeit zur diesjährigen Haushaltserstellung. Dass wir den Haushalt für das Jahr 2022

schon heute, noch in diesem Jahr, verabschieden begrüßen wir nicht nur sehr, es dokumentiert auch die viele Arbeit, die in den vergangenen Monaten von den Fachbereichen unserer Verwaltung, federführend vom Fachbereich Finanzen und in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat geleistet wurde.

Aus meiner Bürgermeisterversammlung heraus kann ich überzeugt sagen: auch wenn es sicherlich immer noch Chancen und Potential für Leistungsverbesserungen in den einzelnen Bereichen gibt: wir haben eine insgesamt gut aufgestellte und engagierte Verwaltung mit einem enormen Arbeitsumfang.

Wir danken Ihnen Herr Bürgermeister und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Arbeit für unsere Gemeinde und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat.

Abschließend danken wir aber auch ganz besonders allen sozial tätigen Gruppen und Organisationen, der Freiwilligen Feuerwehr, dem DRK, der DRLG, der Polizei und allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, für Ihr Engagement im vergangenen Jahr. Dieses Engagement müssen wir erhalten und weiter fördern.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt und den Wirtschaftsplänen der Wasserversorgung zu.

Haushaltsrede 2022 der Fraktion der Grünen Liste Weingarten

gehalten von Gemeinderätin Sonja Döbbelin



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats und der Verwaltung, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bitte wundern Sie sich nicht. Meine Haushaltsrede wird, und da kommt es mir sehr gelegen, dass die Fraktion der Grünen Liste Weingarten bekannt dafür ist, keine großen Reden zu schwingen, norddeutsch kurz und knapp.

Ich möchte Sie an dieser Stelle nicht mit zu vielen Zahlen langweilen. Auf die Zahlen des Haushaltsentwurfs wurde ja schon bis ins Detail eingegangen.

Eine Zahl möchte ich aber an dieser Stelle trotzdem noch einmal hervorheben: 7.900.000 Millionen Euro Kreditaufnahme. Das ist deutlich mehr wie im letzten Haushalt. Aber: wat mutt dat mutt. Unsere Gemeinde bringt nicht nur Freiwilligkeitsleistungen, sondern hat natürlich auch eine Menge Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Zum ersten Mal wurde in diesem Jahr eine Haushaltskommission aus Mitarbei-

tern der Finanzverwaltung und je einem Vertreter aus jeder Fraktion gebildet. Ziel dieser Arbeitsgruppe war es, sich mit der finanziellen Planung für das kommende und die weiteren Jahre zu beschäftigen. Es gab Vorschläge, Streichungen, Verschiebungen, Diskussionen. Aber auch Neuerungen, wie das Einführen einer Zweitwohnsitzsteuer ab 2022. Ebenso notwendig: die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer A und B. Nur nebenbei: auch nach der Erhöhung liegen wir bei der Grundsteuer B immer noch unter dem Durchschnitt in Baden-Württemberg.

Unsere Gemeinde muss finanziell leistungsfähig bleiben. Daran müssen wir permanent arbeiten. Aus diesem Grund wird sich die Haushaltskommission auch im kommenden Jahr wieder zusammensetzen.

Beginnen wir mit dem **Klimaschutz**. Die Besetzung der Stelle des kommunalen Klimaschutzbeauftragten, die zum Großteil vom Land Baden-Württemberg gefördert wird, lag und liegt uns sehr am Herzen. Es ist wichtig, die Verwaltung im Bereich des Klimaschutzes zu entlasten und dieses wichtige Thema strukturiert anzugehen. Es geht dabei nicht nur um die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, sondern auch um das Abrufen diverser Fördergelder, die das Land Baden-Württemberg zur Verfügung stellt. Denn - und das ist nichts Neues - es gibt viel für den Klimaschutz zu tun. Egal ob es unser Antrag Klimaoffensive Weingarten ist oder der European Energy Award: anpacken müssen wir es alle gemeinsam. Wir wünschen uns, dass für Weingarten insgesamt bis zum Jahr 2040 Klimaneutralität angestrebt wird. Für die in der Verantwortung der Gemeinde befindlichen Liegenschaften inklusive der Eigenbetriebe sollte die Klimaneutralität sogar bis spätestens zum Jahr 2030 erreicht werden.

Ein anderes wichtiges Thema sind unsere **Kindertageseinrichtungen** und unsere **Schule**. Mit 5,458 Millionen Euro fällt ein

großer Teil der externen Personalkosten in unseren Kindertageseinrichtungen an. Das sind nur die Personalkosten. Die Investitionskosten für unsere Kindergärten werden für den Kernhaushalt 2022 mit über 3 Millionen Euro veranschlagt. Wenn wir die Förderung abziehen, bleiben danach noch etwas über 2 Millionen Euro stehen. Trotzdem ist jeder Cent gut angelegt!

Es wird höchste Zeit, das Projekt Schule weiter voranzutreiben. Für die Grüne Liste Weingarten stand es außer Frage, dass der Standort in unserer Ortsmitte erhalten bleiben muss. Die Schule gehört in den Ortskern und dort soll sie auch bleiben. Im Januar geht es mit den Beratungen weiter. Wir sind sehr gespannt, was die Machbarkeitsstudie ergibt.

Genauso gespannt sind wir auf das **Mobilitätskonzept**, mit dem wir uns im Februar weiter befassen. Ein Schwerpunkt wird der Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer sein. Ein weiterer Schwerpunkt wird sein, Weingarten fahrradfreundlicher zu gestalten. Zum Beispiel durch vernünftig geplante Fahrradstellplätze, die auch genügend Platz für Fahrradanhänger und Lastenräder bieten, oder die Sanierung von Radwegen. Es muss einfach Spaß machen und sicher sein, wenn man mit dem Fahrrad in Weingarten unterwegs ist.

Und seien wir doch mal ehrlich: Die **Park-situation** in Weingarten ist katastrophal und muss dringend neu geordnet werden, nicht nur im Ortskern, sondern auch in vielen Wohngebieten. Es kann nicht sein, dass unsere Straßen durch parkende Autos verstopft werden, so dass weder die Feuerwehr, die Rettungsdienste, die Müllabfuhr, geschweige denn normale PKWs durchkommen. Jeder, der einen Hof oder eine Garage hat, sollte sein Hof-tor öffnen oder seine Garage entrümpeln, dort sein Fahrzeug abstellen und damit den öffentlichen Raum wieder sicherer machen. Dann sind übrigens auch wieder die Fußwege für die Fußgänger nutzbar.

Durch Corona ist das **Jugendforum**, das aufgrund unseres Antrags ins Leben gerufen wurde, leider zum Erliegen gekommen. Wir hoffen, dass es wieder sobald wie möglich belebt werden kann. Wir müssen es schaffen, die Jugend einzubinden und für Politik und unsere demokratischen Prozesse zu motivieren. Demokratie braucht Zukunft!

Erlauben Sie mir zum Ende hin noch einen kurzen **Rückblick**: Zum ersten Mal hat die Gemeinde Weingarten mit dem Gelände Ulmenplatz in der Waldbrücke ein Grundstück über ein sogenanntes Dialogverfahren an einen Erschließungsträger verkauft. Hierzu bildete sich eine Arbeitsgruppe aus je einem Vertreter jeder Fraktion, Mitarbeitern der Verwaltung und zwei Mitarbeitern vom Büro Modus Consult. Fünf Investoren haben ihre Angebote und erste Ideen eingereicht. Schnell war klar, dass wir mit drei von ihnen in die nächste Phase gehen wollen. Es waren einige Termine nötig, aber am

Ende kam ein Ergebnis heraus, mit dem wir überaus zufrieden sind. Die Waldbrücke wird ein Quartier bekommen, in dem sich hoffentlich jeder wohlfühlt. Egal ob im sozial geförderten Wohnraum oder im Eigenheim. Wir wünschen uns - sofern es möglich ist - mehr Verfahren in dieser Art.

Mit dem Schlimm-Areal und dem Sebold-Gelände gibt es noch zwei große Bauprojekte, die auf den Weg gebracht worden sind. Dem einen oder anderen mögen sie ein Dorn im Auge sein, aber ich denke, uns allen muss klar sein, dass wir in verträglichem Maße in die Höhe gehen müssen. Noch mehr Flächenverbrauch können wir uns einfach nicht leisten.

Ich habe Ihnen zu Beginn dieser Rede versprochen, mich kurz zu fassen. Dennoch ist es für uns sehr wichtig **Danke** zu sagen:

Danke an alle ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürger für Ihre Zeit

und Ihr Engagement. Ohne Sie/ ohne Euch wäre unsere Gemeinde nicht das, was sie ist!

Ein großes Dankeschön und Lob an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und des Bauhofs und der Rettungsdienste. Was hier jeden Tag geleistet wird, ist großartig.

Vielen Dank natürlich auch unseren Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats sowie Herrn Bürgermeister Bänziger für die konstruktive bisherige und zukünftige Zusammenarbeit.

Die Grüne Liste Weingarten stimmt dem Haushaltsplan 2022 und den Wirtschaftsplänen unserer Eigenbetriebe zu.

Haushaltsrede 2022 der SPD-Fraktion

gehalten von Gemeinderätin Friederike Schmid



**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr
Bürgermeister Bänziger,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Gemeinde,
liebe Kolleginnen und Kollegen
im Gemeinderat,**

„Augen zu und durch“ – unter diesem Motto stand meine Haushaltsrede im vorletzten Jahr. Wenn ich mir den aktuellen Haushalt ansehe, dann fällt mir dazu spontan sofort der bekannte Ausspruch von Miss Sophie aus dem Dinner for One ein: „Yes James, the same procedure as last year!“

Denn die Lage des Haushalts der Gemeinde Weingarten ist genau dieselbe wie beim letzten Mal. Es gilt leider weiterhin, dass die Haushaltssituation vor allem durch Pflichtausgaben gekennzeichnet ist und keinen Spielraum für die Kür lässt.

Wie gerne würden wir unseren Bürgern z.B. das lang ersehnte Schwimmerbecken im Freibad gönnen. Aber angesichts der Haushaltssituation wird das auch in den nächsten Jahren leider ein Wunschtraum bleiben. Die hierfür entstehenden Kosten können im Haushalt nicht gestemmt werden.

Die Ausgaben für solche Positionen, die von einer Gemeinde zwingend finanziert werden müssen, sind einfach zu hoch und werden immer mehr statt weniger. Ich weiß wirklich nicht, wie das zukünftig weitergehen soll, wenn von Bund und Ländern immer mehr Gesetze verabschiedet werden, deren Umsetzung massive zusätzliche Kosten verursachen, auf denen dann am Ende die Gemeinden sitzen bleiben. Statt mit einer teuren Kampagne „The Länd“ für unser Bundesland Baden-Württemberg international zu werben, sollte sich unsere Landesregierung lieber etwas mehr darum kümmern, dass uns in den Gemeinden vor Ort nicht langsam aber sicher die Luft ausgeht!

Die Verpflichtung zur Bereitstellung von Kindergartenplätze ist ein solches Thema und wird die Gemeinde Weingarten auch zukünftig vor riesige Herausforderungen stellen. Unter anderem besteht weiterhin die Notwendigkeit einen komplett neuen fünfgruppen Kindergarten zu bauen. Mit der Forderung nach einer ganztägigen Grundschule geht das gerade so weiter. Auch hierfür werden immense Investitionen erforderlich. Vom notwendigen Schulneubau will ich gar nicht erst anfangen.

So schön es ist, dass Weingarten sich zu einem so attraktiven Wohnort entwickelt hat und die höchsten Zugzugsquoten im ganzen Landkreis aufweist, wie vor kurzem in den BNN zu lesen war. Aber der Zuzug jeder jungen Familie bedeutet halt auch, dass immer noch mehr KiTa-, Kindergarten- und Schulplätze bereitgestellt werden müssen.

Allein mit den auf den Weg gebrachten neuen Wohngebieten auf dem Schlimm- und Sebold-Areal und am Ulmenplatz in der Waldbrücke werden deutlich über 100 neue Wohneinheiten entstehen. Wenn davon nur die Hälfte jeweils eine junge Familie mit einem Kind im Kindergartenalter beherbergt, bedeutet das zwei weitere Kindergartenplätze. Ich frage mich: Wer soll das bezahlen?

Die Einwohnerzahl von Weingarten ist seit 1995 von ca. 8.750 auf inzwischen 10.500 gestiegen. Mit den zukünftig neu hinzukommenden Baugebieten werden wir bald bei

über 11.000 Einwohnern landen. Es ist zu befürchten, dass die Kapazitäten von Kläranlage oder Wasserhochbehälter irgendwann nicht mehr ausreichen werden. Deren Erweiterung wird weitere hohe Kosten verursachen. Und letztlich steigen durch die wachsende Zahl von Einwohnern auch die Personalkosten in der Gemeindeverwaltung. Denn es müssen entsprechend viele zusätzliche Verwaltungsvorgänge bewältigt werden, seien es Anträge auf Personalausweise, Bauanträge und vieles andere mehr.

Einerseits verstehe ich, dass viele Weingartenler bezüglich der Entwicklung der Einwohnerzahl gerne „Stopp“ sagen würden. Das sagt sich vor allem dann leicht, wenn man bereits seinen Platz und ein Dach überm Kopf in Weingarten gefunden hat. Andererseits gibt es im Speckgürtel von Karlsruhe einen immens hohen Bedarf nach Wohnraum. Auch viele Angehörige von Weingartener Familien suchen dringend nach einer Wohnmöglichkeit in ihrem Heimatort. Dem können wir uns nicht verschließen.

So wenig mir das persönlich gefällt: Wir haben den Flächenbedarf in Weingarten bereits so weit ausgereizt, dass auf unserer Gemarkung nicht einmal mehr genügend Ausgleichsflächen für neu ausgewiesene Bau- und Gewerbegebiete zur Verfügung stehen. Konsequenz ist, dass nicht mehr weiter in die Breite gebaut werden kann, sondern zwangsläufig in die Höhe. Das bedeutet nicht, dass jetzt in Weingarten gleich Hochhäuser gebaut werden sollen. Aber wir werden zukünftig leider vermehrt mit einer städtisch wirkenden drei- bis vierstöckigen Bauweise konfrontiert werden. Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, hierfür in Weingarten einen guten Mittelweg zu finden, so dass Weingarten seinen Charme beibehält, der es als Wohnort bisher auszeichnet.

Was mir und meiner Fraktion dabei wichtig ist: Wann immer es möglich ist, soll darauf hingewirkt werden, dass ein ausreichender Anteil von günstigen Wohnungsangeboten entsteht, die sich auch Geringverdienende noch leisten können. Und natürlich muss höchster Wert gelegt werden, dass beim Bauen und Wohnen auf eine ausreichende Nachhaltigkeit geachtet wird – vor allem mit

Blick auf die dringend erforderliche Klimaneutralität.

Zum Thema Klimaneutralität gehört auch das zukünftige Mobilitätskonzept. Die Notwendigkeit, dass wir unser Mobilitätsverhalten zukünftig konsequent verändern müssen, ist noch lange nicht in allen Köpfen angekommen. Wer als Fußgänger und Radfahrer in Weingarten unterwegs ist, merkt an vielen Stellen, dass der fahrende und ruhende Autoverkehr nach wie vor an oberster Stelle steht. Dies kann und wird so nicht bleiben.

Es ist gut, dass sich die Gemeinde Weingarten mit einem Mobilitätskonzept grundlegende Gedanken darüber macht, wie das Gesamtkonzept am Ende aussehen sollte, damit später die einzelnen Maßnahmen stimmig zueinander passen. Schon aus Kostengründen wird die Umsetzung des Mobilitätskonzepts aber nicht mit in einer einzigen großen Maßnahme auf einen Schlag erfolgen, sondern wird quartierweise erfolgen müssen. Dort wo in den Quartieren einzelne Maßnahmen mit geringem Aufwand umsetzbar sind, sollte das jeweils so zeitnah wie möglich erfolgen. Vor allem wenn einzelne Maßnahmen unabhängig von anderen Teilen des Mobilitätskonzepts realisierbar sind. So finden wir es sehr bedauerlich, dass der Antrag der SPD für eine Verkehrsberuhigung in Wohnstraßen der Waldbrücke, die über keine Gehwege verfügen, unnötig auf die lange Bank geschoben wurde.

Ein wesentliches Thema für das Mobilitätskonzept ist, wie der innerörtliche Autoverkehr insgesamt reduziert werden kann. Hierzu sollten insbesondere die Rahmenbedingungen für den Fahrradverkehr deutlich attraktiver gestaltet werden. Vorstellbar und einfach realisierbar wäre für mich z.B. das Ausweisen der Bahnhofstraße als Fahrradstraße, auf der aber selbstverständlich der Autoverkehr weiterhin geduldet ist. Auch die Umwandlung von Parkplätzen in zeitgemäße Fahrradstellplätze – z.B. vorm Nahkauf, Kunzmann und Füllhorn und allen Bäckereien – wären angemessene und schnell bzw. kostengünstig umsetzbare Maßnahmen.

Auch werden sich Autobesitzer zukünftig vermutlich daran gewöhnen müssen, dass sie keinen Rechtsanspruch darauf haben, dass sie ihr Fahrzeug im öffentlichen Raum grundsätzlich immer in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung abstellen können. Es gibt hierfür innerorts einfach zu viele Autos und zu wenig öffentliche Stellplätze. Und leider

gibt es auch zu viele Anwohner, die ihre Garagen und Hofstellplätze für andere Zwecke nutzen – vielleicht auch deshalb, weil die heutzutage überdimensionierten Autos darin einfach keinen Platz mehr haben.

Der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung werden dieses Dilemma nicht auflösen und neue Parkplätze herbeizaubern können. Ganz im Gegenteil: In vielen bisher unzulässig zugewiesenen engen Straßen werden Parkplätze zukünftig eher wegfallen. Nur so kann die Gemeinde ihrer gesetzlich vorgegebene Ordnungspflicht nachkommen. Und nur so kann im Ernstfall das Durchkommen von Feuerwehr und Rettungsfahrzeugen gewährleistet werden.

Ob das Mobilitätskonzept als Zukunftslösung z.B. mehrere im Ort oder am Ortsrand verteilte große Parkflächen oder Parkhäuser vorgeschlagen wird, bleibt abzuwarten. Es ist auch hier in jedem Fall ein Umdenken erforderlich. Wie hat es jemand einmal frei nach Hermann Hesse formuliert: „Man muss das Unmögliche denken, um das Denkbare möglich zu machen.“

Bleibt natürlich die Sorge, wie das alles finanzierbar sein wird. Vom Weingartener Tafelsilber ist inzwischen leider nicht mehr viel übrig. Wenn - nach den Baugebieten Freibadgelände und Ulmenplatz - in Zukunft noch das TSV-Gelände in der Waldbrücke veräußert und zur Bebauung freigegeben wurde, sind diese Möglichkeiten endgültig erschöpft und es ist nichts neues in Sicht. Denn die Eigentümer von Gewerbebrachen lassen sich ihre ehemaligen Gewerbegrundstücke zwar durch die Gemeinde als Wohnbaugebiete vergolden, verkaufen diese dann aber meistbietend an einen Investor. Dass sie solche Grundstücke zu günstigen Konditionen der Gemeinde anbieten, war bisher nicht der Fall und ist leider auch zukünftig nicht zu erwarten. Wer könnte es ihnen auch verdenken. Der Satz „Eigentum verpflichtet“ hat es zwar bis ins Grundgesetz geschafft, aber halt nicht bis in den lukrativen Immobilienmarkt.

Die Gemeinde wurde durch das Kommunal- und Prüfungsamt dazu aufgefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den Haushalt in Ordnung zu bringen und Fehlbeträge zu vermeiden. Das geht nur durch Einsparungen für Dinge, auf welche die Bürgerinnen und Bürger eigentlich warten, oder durch eine Erhöhung der Einnahmen aus

Steuern und Gebühren der Gemeinde. Das ist wie Pest oder Cholera und stößt bei den jeweils Betroffenen auf wenig Gegenliebe.

Hierzu gehört die Einführung einer von der SPD angeregten Zweitwohnsitzsteuer in Weingarten, von der ich zu meinem großen Erstaunen in den BNN lesen konnte, dass sich inzwischen die WBB diesen Vorschlag auf ihre Fahnen schreibt, obwohl diese Idee eindeutig aus der SPD-Fraktion kam. Wenn nur die Hälfte der aus der Zweitwohnsitzsteuer zu erwartenden Einnahmen bei der Gemeinde eintreffen, wären wir sehr zufrieden.

Auch haben wir uns dazu entschieden, die Grundsteuer von einem Hebesatz von 330/340 auf einheitlich 420 zu erhöhen. Damit liegen wir im Vergleich zu unseren Nachbargemeinden im vorderen Bereich. Die jährliche Zusatzeinnahme von rund 305 Tsd. € stopft bei weitem nicht alle Lücken, aber tut unserem Haushalt gut.

Die Erhöhung der Grundsteuer ist der SPD-Fraktion nicht leichtgefallen. Denn sie betrifft nicht nur alle Grundstücksbesitzer, sondern in Folge auch die Mieter und belastet – zusätzlich zur Anpassung des Wasser- und Abwasserpreises – die Familienbudgets. Berechnungen der Verwaltung für unterschiedliche Haushaltsgrößen konnten uns aber aufzeigen, dass diese Anpassung noch im zumutbaren Bereich liegt. Schließlich darf nicht übersehen werden, dass diese Steuermehreinnahmen in vollem Umfang in die Verbesserung unserer gemeindlichen Infrastruktur fließen und somit allen Bürgerinnen und Bürgern direkt zu Gute kommen.

Auf eine Streichung oder Kürzung freiwilliger Leistungen der Gemeinde für unsere Vereine und unsere Kultur- und Freizeiteinrichtungen haben wir bewusst verzichtet. Wir hoffen, dass diese Leistungen auch in Zukunft möglich sein werden.

Wo ich und meine Fraktion tatsächlich noch ein größeres Potenzial sehen, sind die Möglichkeiten, einzelne Maßnahmen über das große Angebot von Zuschüssen zu finanzieren, die durch Land, Bund, EU oder sonstige Stellen angeboten werden. Wie oft erfährt man aus der Presse, dass bereitstehende Förderkontingente überhaupt nicht abgerufen wurden. Die Existenz solcher Töpfe ist bei den Betroffenen oft nicht ausreichend bekannt. Um sich in diesem Dschungel zurecht zu finden, muss sich jemand mit der entsprechen-

den Zeit und Kompetenz damit beschäftigen. Das hat auch unsere Gemeindeverwaltung erkannt und ist hier tätig geworden. Ich habe die große Hoffnung, dass sich diese Personalinvestition zukünftig mehr als rechnen wird. Mit dieser Hoffnung möchte ich meine diesjährige Haushaltsrede beenden:

Die SPD-Fraktion stimmt dem für 2022 vorliegenden Haushaltsplan des Kernhaushaltes und den beiden Wirtschaftsplänen unserer Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu.

Bedanken möchten wir uns recht herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Weingarten und unserem Bürgermeister Eric Bänziger, für ihre in 2021 geleistete Arbeit. Die vielen Projekte und Baustellen stellen die Beschäftigten der Gemeinde weiterhin vor große Aufgaben.

Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiter/innen in der Kämmerei – speziell der dortigen Leitung Herr Schneider und Herr Klotz –für ihre umfangreichen und fachkompetenten Vorarbeiten zum Haushaltsplan.

Und wie immer möchte ich an dieser Stelle auch ein Dankeschön an alle Mitbürgerinnen und Mitbürgern richten, die durch ihr ehrenamtliches Engagement unser Weingarten zu einem so lebenswerten und liebenswerten Ort machen.

Wir freuen uns auf die weiterhin konstruktive und positive Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinderat und Gemeindeverwaltung!

Haushaltsrede 2022 der FDP-Fraktion

gehalten von Gemeinderätin Carolin Holzmüller



**Sehr geehrter Herr
Bürgermeister Bänziger,
liebe Kolleginnen und Kollegen
des Gemeinderates und
der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren,**

dieses Jahr beschreiten wir ein Novum in der Weingartner Kommunalpolitik: der Haushalt wird vor Jahresbeginn verabschiedet. Die besinnliche Adventszeit wird somit durch die Lektüre des Haushaltsplans versüßt oder andersherum. Das passt auch gut zusammen. Während der Vorweihnachtszeit werden die Wunschzettel fürs Christkind geschrieben. Kinder notieren, was sie gerne hätten, ohne groß Grenzen des Machbaren zu ziehen. Da steht dann mal ein Haustier oder gar ein Pony drauf. Solche Wünsche werden oft nicht erfüllt. Den Schenkenden ist wohl klar, dass ein Pony nicht immer klein und kuschelig bleibt und dann auch noch Futter, Pflege und Training benötigt. Dafür muss man eben das enttäuschte Gesicht eines Kindes aushalten, wenn der erforderliche Schlafanzug statt dem Haustier unterm Tannenbaum liegt. So ist das auch mit dem Haushalt der Gemeinde. Es gibt viele Wunschzettel mit großartigen Wünschen und der Gemeinderat hat die Aufgabe zu sortieren, was notwendig und was finanziell möglich ist.

Diese Abwägung sollte vertieft während der Beratung des Haushaltes erfolgen. Hier können Gemeinderatsmitglieder die Projektliste mitgestalten und müssen diese dann mittragen. Die FDP-Fraktion hat mit mehreren Anträgen sowie Fragen und Anregungen zum Haushaltsplan 2022 einen Beitrag geleistet. Die von uns beantragte Streichung der Ausgaben für den Erhalt ehemaliger Trafostationen und das neue Wartturm Forum sowie die Veräußerung des Gebäudes Bruchsaler Straße 12 wurden übernommen. Weitere Anträge unsererseits, in den Bereichen Radwegenetz und Klimaanlage Bürgersaal Einsparungen vorzunehmen, fanden hingegen keine Mehrheit bzw. wurden nicht im Ausschuss zur Abstimmung gebracht. Das ist der etwas fade Beigeschmack der frühzeitigen Verabschiedung des Haushaltes. Wir danken dennoch allen Fachbereichen für die Mitwirkung bei diesem Projektpaket mit all seinen Zahlen. Leider wurden abermals Projekte und Anträge nicht oder nur wenig beraten und diskutiert. Vielleicht sollten wir uns doch ein bisschen mehr Zeit lassen anstatt über 100 Änderungen als Tischvorlage zu beraten.

Deswegen ist die Arbeit mit dem Haushaltsbeschluss nicht getan. Neben dem enthaltenen umfangreichen Aufgabenkatalog stehen uns weitere zahlreiche intensive Diskussionen bevor: Was machen wir mit den kommunalen Gebäuden? Das angeregte Ärztehaus sieht die FDP-Fraktion nicht als Pflichtaufgabe einer kommunalen Verwaltung. Auch das Thema Kinderbetreuung lässt uns nicht los und muss zukunftsfähig auf die Beine gestellt werden. Dass nicht nur zum Wohle des Klimaschutzes, sondern auch zur Kosteneinsparung der Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften untersucht werden soll, begrüßen wir sehr. Das beschlossene Energiemanagement soll aus unserer Sicht auch auf Gebäude, die für kommunale Aufgaben genutzt werden, wie die Kindergärten, ausgeweitet werden. Weiter möchte unsere Fraktion das von den Freien Demokraten immer verteidigte Walzbachbad auf den Prüfstand stellen.

Das groß angekündigte Mobilitätskonzept wartet ebenfalls auf seine Umsetzung. Trotz Sperrung in Pfnitztal sehen wir die aktuelle Situation in der Jöhlinger Straße und auch

in der Durlacher Straße als gutes Beispiel. Wenn der Straßenraum klar geordnet wird, profitieren alle Verkehrsteilnehmer und auch die Anwohner durch einen langsameren, aber gleichmäßigeren Verkehrsfluss davon. So wollen wir auch das Mobilitätskonzept entwickeln, indem alle Verkehrsteilnehmer gleichwertig berücksichtigt werden. Die überregionalen Radwege wollen wir daher nicht nur aus finanzieller, sondern auch aus sachlicher Sicht und im Hinblick auf Unterhalt diskutieren. Deshalb sind die im Haushaltsplan festgehaltenen Haushaltsvorbehalte für Fahrradwege, Walzbachbad und Schule, die eine gewisse Förderquote für Projekte fixieren, für uns kein Freifahrtschein.

Die große Herausforderung ist und bleibt die Konsolidierung des Haushaltes, und zwar langfristig. Dafür müssen alle Kostenstellen auf den Prüfstand. Einige Wünsche werden von der Liste gestrichen werden und die enttäuschten Gesichter müssen ausgehalten werden. In Zeiten, in denen Unternehmen aus Compliance Gründen Werbegeschenke rationieren, sollte auch eine Verwaltung Ausgaben wohl überlegt tätigen. Auch Wünsche einzelner Ratsmitglieder oder Bürgerinnen und Bürger sollten keineswegs in direkte Umsetzung gelangen, sondern vorher die genauen Kosten inklusive Personalaufwand aufgezeigt werden. Denn auch das Personalbudget müssen wir im Auge behalten. Wir möchten damit in keiner Weise die Arbeit der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter kritisieren. Wie im Personal- und Organisationsbericht aufgezeigt wurde, hat unsere Verwaltung im Vergleich zu früheren Jahren viele zusätzliche Aufgaben zu bewältigen. Eine Ausweitung des Leistungsumfanges und Aufgabenkatalogs über Pflichtaufgaben hinaus und damit verbundene weitere Steigerungen der Personalkosten können wir nicht mittragen. Auch bei der Überarbeitung der Vereinsförderung müssen wir den Personalaufwand miteinbeziehen. Unser großes Team des Bauhofs und der Hausmeister kümmert sich um die zahlreichen Liegenschaften und Grünanlagen sowie das große Straßen- und Wegenetz Weingartens. Die Übernahme privater Aufgaben oder die Ausweitung der Weihnachtsdekoration sind nur Beispiele für unbedachte Freiwilligkeitsleistungen seitens der Gemeindeverwaltung. Auch bei der Um-

setzung der Projekte plädieren wir für pragmatische und kostengünstige Lösungen, die den Haushalt nachhaltig nicht weiter belasten. Wenn durch eine Asphaltdecke 40.000 Euro im Vergleich zum Pflasterbelag gespart werden können, fällt für uns klar die Wahl auf die wartungsärmere Asphaltdecke.

Das ruft auch die Analyse des Straßenzustands in Erinnerung. Diese Analyse hat uns eine klare Reihenfolge für die Sanierung der Straßen und Wege im Hinblick auf Kosten und Langlebigkeit vorgegeben. Leider versuchen einzelne Ratsmitglieder weiterhin dem persönlichen Wunschzettel statt sachlicher Notwendigkeit den Vorzug zu geben. Dabei hat der Bericht verdeutlicht, dass der Wertverlust bei stark beschädigten Straßen rasanter voran geht. Wenn wir diese also nicht zeitnah nach der Priorität der Analyse angehen, schwindet unser Anlagekapital sowohl physisch als auch bilanziell. Einzelne Maßnahmen aufgrund persönlicher Interessen vorzuziehen, ist nicht nur eine Bevorzugung bestimmter Personen oder Gruppen, sondern auch nicht nachhaltig. Wir plädieren also klar für eine faktenbasierte Reihung der Straßensanierungen, anstatt diese danach zu priorisieren, wer die Straßen und Wege nutzt. Außerhalb des Haushaltsplans stehen noch weitere Themen auf der Aufgabenliste. Die Rebflurneueordnung Petersberg lässt weiter auf sich warten. Das verhindert nicht nur eine moderne und rentable Bewirtschaftung der ältesten Weinbaulage, sondern führt zu weiteren Wildwüchsen im Außenbereich. Nach dem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen und dem Gespräch mit Vertretern des Landratsamtes ist die Eindämmung illegaler Bauten im Außenbereich weiter voranzutreiben. Auch das Thema Geothermie wollen wir weiterhin begleiten, um für die Gemeinde das Heft in der Hand zu halten. Sofern die Flächen im Gewerbegebiet Sandfeld nicht für einen mehr als kostendeckenden Quadratmeterpreis verkauft werden, findet sich vielleicht dort ein Platz für Geothermie, um den Flächenverbrauch auf der Gemarkung weiterhin gering zu halten.

Es ist also an Allen gelegen den Wunschzettel zu prüfen und auf das personell sowie finanziell Machbare zu begrenzen. Mit großen Ge-

schenken eines Christkinds ist wohl nicht zu rechnen. Stattdessen sieht der Haushaltsplan eine Kreditaufnahme in Höhe von 7,9 Millionen Euro vor. Die Hälfte davon soll mit einer Laufzeit von 50 Jahren abgeschlossen werden, sodass die Tilgung auf nächste Generationen übertragen wird. Die Investitionen in die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung von circa 4 Millionen Euro jährlich werden zu einem Höchststand der Gesamtverschuldung von über 65 Millionen Euro im Jahr 2024 führen. Das entspricht über 6.000 Euro Schulden pro individuellem Einwohner. Da hoffen wir sehr, dass die geplante Sondertilgung 2025 auch verwirklicht werden kann.

Da die Freien Demokraten noch Potential für Einsparungen sehen, anstatt durch Steuererhöhungen zusätzlich Einnahmen zu generieren, haben wir die Erhöhung der Grundsteuer abgelehnt. Diese 270.000 Euro Mehreinnahmen sind natürlich nur ein Teil des umfangreichen Haushalts. Dennoch ist die FDP-Fraktion nach intensiven Beratungen zum Haushalt und aufgrund der vorher aufgeführten Überlegungen dieses Jahr an einen Punkt gekommen, dass wir dieser Satzung mit den darin enthaltenen Projekten und der Finanzplanung nicht zustimmen und diese nicht mittragen können. Dabei geht es nicht nur um das Zahlenwerk, sondern auch um die Beratung und Umsetzung der Maßnahmen. Lassen Sie mich das an ein paar Beispielen erläutern: So fiel die bei der Haushaltsberatung 2021 vereinbarte Besichtigung von Außensportgeräten unter den Tisch und stattdessen wurden die ersten Geräte ohne Wissen des Gemeinderates bestellt. Zum aktuellen Haushaltsplan haben drei Fraktionen zur Einfriedung des Friedhofs Anträge gestellt. Anstatt diese zu beraten, findet die Umsetzung schon statt. Das Tor steht bereits, obwohl die Haushaltsmittel erst 2022 eingestellt sind. Ebenso gab es in der diesjährigen Haushaltsklausur im Oktober aus mehreren Fraktionen Stimmen, dass eine zusätzliche Verriegelung der Fahrradboxen für den Buchenweg 42/1 keine Vermieterpflicht und somit nicht notwendig sei. Der FDP-Antrag auf Streichung der Maßnahme im Haushalt 2022 wurde angenommen. Jedoch haben wir in der gestrigen Gemeinderatssitzung erfahren, dass dies im September dieses Jahrs bereits verwirklicht wurde. Des Weiteren sprossen

nach langen Beratungen und zahlreichen Terminen zur Jöhlinger Straße plötzlich Poller aus dem Gehweg, die mit dem Gemeinderat weder abgesprochen noch beraten wurden. Und die nächsten Projekte ohne Zustimmung oder entgegen dem Beschluss des Gemeinderates wurden bereits angekündigt. Aus finanzieller Sicht sprechen wir im Vergleich zum Gesamtvolumen des Haushalts von Promille. Diese Maßnahmen erscheinen uns jedoch als in Stein gemeißelte Mahnmale für Intransparenz und schlechtes Miteinander. Das ist als würde ein Elternteil dem Kinde vermitteln, dass wir Teile des Wunschzettels nicht erfüllen können, und das andere Elternteil dann mit dem gewünschten Geschenk um die Ecke kommt. Folglich steht auf dem Wunschzettel der Fraktion der Freien Demokraten mehr Gemeinschaftsgefühl, und zwar zwischen Bürgermeister, Verwaltung sowie Gemeinderat und auch innerhalb. Bei monatlichen Sitzungen sollte ein informativer Austausch möglich sein, um die Beratungen und Aktivitäten der Gemeinde Weingarten gemeinsam nach außen kommunizieren und vertreten zu können.

Mit diesem Wunsch und positiven Blick auf das kommende Haushaltsjahr möchte ich meine Rede schließen. Ich bedanke mich im Namen der FDP-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Weingarten, die zur Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse beigetragen haben, aber auch denjenigen, die täglich bei ihrer Arbeit engagierten Einsatz für die Weingartner Bürgerinnen und Bürger zeigen. Ebenso bedanken wir uns bei allen ehrenamtlich engagierten Menschen, die sich für das Gemeinwohl in unserer Gemeinde einbringen. Bei unseren Gemeinderatskolleginnen und -kollegen sowie Bürgermeister Bänziger bedanken wir uns für die bisherige und zukünftige gute Zusammenarbeit.

Wir wünschen allen frohe Feiertage und Gesundheit.



Impressum

Herausgeber:

Gemeindeverwaltung Weingarten (Baden)
Telefon 07244-70200,
Verantwortlich für den Inhalt ist der Bürgermeister

Produktion, Druck und Vertrieb:

DG Druck GmbH,
Werner-Siemens.Str. 8
76356 Weingarten (Baden),
Tel.: 07244-70210,

Papier: 100% Recyclingpapier

Druckfarben: Reine Naturfarben

Druck: Klimaneutral



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com

